

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 21. Dezember 1954

Blatt 2357

## Ein neues Gemeindewohnhaus in der Grabnergasse =====

21. Dezember (RK) Der Amtsführende Stadtrat für Bauangelegenheiten Thaller beantragte heute in der Sitzung des Wiener Stadtsenates die Errichtung einer städtischen Wohnhausanlage in Wien 6, Grabnergasse, bestehend aus drei Häusern mit insgesamt 87 Wohnungen, zwei Lokalen, einer Garage, einem Kinderwagenabstellraum, einem Motorrad- und einem Fahrradabstellraum. Das Bauvorhaben bildet die Erweiterung der im Jahre 1952 fertiggestellten Wohnhausanlage Mollardgasse - Grabnergasse. Die voraussichtlichen Gesamtbaukosten werden mit 7,130.000 Schilling angenommen. Der Stadtsenat hat diesem Antrag zugestimmt.

- - -

## Zusätzlicher Förderungsbeitrag für drei Wiener Theater =====

21. Dezember (RK) Der Amtsführende Stadtrat für Kultur und Volksbildung Mandl beantragte heute in der Sitzung der Wiener Landesregierung einen zusätzlichen Förderungsbeitrag von je 100.000 Schilling an das Theater in der Josefstadt, an das Volkstheater und an das Raimundtheater aus dem Kulturgroschen. Die Wiener Landesregierung hat diesem Antrag auf außertourliche Unterstützung in der Gesamthöhe von 300.000 Schilling zugestimmt.

- - -

### 8,3 Millionen Gemeindedarlehen für fünf Genossenschaftsbauten

=====

21. Dezember (RK) Der städtische Finanzreferent Stadtrat Besch beantragte heute in der Sitzung des Wiener Stadtsenates Darlehen der Gemeinde Wien an fünf Gemeinnützige Wohn- und Siedlungsgenossenschaften in der Gesamthöhe von 8,309.000 Schilling. Bei diesen Gemeindedarlehen handelt es sich um 30 Prozent der Gesamtbaukosten. Weitere 60 Prozent der Bausumme werden vom Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und die restlichen 10 Prozent von der Genossenschaft selbst aufgebracht. Der Stadtsenat hat dem Antrag des Finanzreferenten zugestimmt. Durch diese Förderung der Gemeinde Wien können fünf Wohnhausanlagen mit zusammen 278 Wohnungen errichtet werden. Es handelt sich um folgende Baustellen: 2. Bezirk, Praterstraße 8, ein elfgeschoßiges Haus mit 100 Wohnungen und drei Geschäftslokalen (Gemeinnützige Wohn- und Siedlungsgenossenschaft "Leopoldstadt"). 9. Bezirk: Pelikangasse 14, Verbauung einer Baulücke mit einem Haus, das 31 Wohnungen enthält (Österreichisches Siedlungswerk). 12. Bezirk: Altmannsdorfer Straße 55, 28 Wohnungen (Gemeinnützige Bau- und Siedlungsgenossenschaft "Frieden"). 18. Bezirk: Gregor Mendel-Straße 12-14, zwei Häuser mit zusammen 48 Wohnungen (Siedlungsgenossenschaft "Kosmos"); Pötzleinsdorfer Straße 2, 71 Wohnungen (Österreichisches Siedlungswerk).

- - -

### Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge

=====

21. Dezember (RK) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 22. November von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Spital am Semmering" gebracht wurden, am Donnerstag, dem 23. Dezember, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 11.15 Uhr vom Südbahnhof abzuholen.

- - -

## Wilhelm Neumann zum Gedenken

=====

21. Dezember (RK) Auf den 25. Dezember fällt der 10. Todestag des Internisten und Tuberkuloseforschers Hofrat Prof. Dr. Wilhelm Neumann.

Am 19. Juni 1877 zu Ulrichstal in Nordböhmen geboren, hospitierte er schon während seiner Studienzeit an der Wiener medizinischen Fakultät im Allgemeinen Krankenhaus, trat nach der Promotion in die Klinik Neusser ein und befaßte sich als Volontärarzt am pathologisch-anatomischen Institut Weichselbaums mit fachlichen Arbeiten. Dann kehrte er als Assistent Neussers an dessen Klinik zurück und übernahm die Leitung einer neu errichteten Tuberkulosestation, an der er eine rege wissenschaftliche Tätigkeit entfaltete. 1912 habilitierte sich Neumann für innere Medizin, im ersten Weltkrieg betreute er neben dem klinischen Dienst auch ein Lazarett für Lungenkranke, das nach Kriegsende als III. medizinische Abteilung des Wilhelminenspitals weitergeführt wurde. 1921 erfolgte seine Bestellung zum definitiven Primararzt, 1924 die Berufung in den Wiener Landessanitätsrat, 1927 in den Obersten Sanitätsrat. Seine Veröffentlichungen zeigen außerordentliche Vielseitigkeit und Beherrschung der gesamten internen Medizin wie deren Nachbardisziplinen. Seine Arbeit betraf in erster Linie die Diagnostik und Symptomatologie der Lungentuberkulose, er beschäftigte sich aber auch besonders mit therapeutischen Problemen. Sein Hauptwerk "Klinik der Tuberkulose Erwachsener" enthält in drei Bänden eine Fülle kritisch gesichteter eigener Beobachtungen. Prof. Neumann hat sich durch seine umfassenden Untersuchungen auf allen Gebieten der internen Tuberkulose als Wissenschaftler und Spezialist Ansehen erworben. Seine Vorlesungen und Kurse waren auch von ausländischen Ärzten und Studenten sehr besucht.

- - -

Fortsetzung der Budgetberatungen im Wiener Rathaus  
=====Geschäftsgruppe VIII: Öffentliche Einrichtungen

21. Dezember (RK) Die Budgetdebatte wurde heute früh mit der Behandlung der neugeschaffenen Geschäftsgruppe "Öffentliche Einrichtungen" fortgesetzt. Wie Stadtrat Koci (SPÖ) berichtete, gehören zu dieser Geschäftsgruppe VIII die Kanalisation, die Wasserwerke, die städtischen Bäder, die städtischen Wäschereien sowie der Fuhrpark samt der Straßenpflege und die Kehrichtabfuhr.

Dank an die Bediensteten

Diese Geschäftsgruppe weist mit 30. November 1954 einen Stand von 4.376 Bediensteten auf. Mit seinem Dank an diese Bediensteten verbindet der Referent die Feststellung, daß die Arbeiter und Angestellten besonders bei Unwetterkatastrophen, vor allem aber bei starken Schneefällen und bei Glatteis mehr als ihre Pflicht erfüllt haben und zu jeder Tages- und Nachtzeit aber auch an Sonn- und Feiertagen bereit waren, die Bevölkerung vor Schaden zu bewahren (Beifall bei den Sozialisten).

Für die Kanalisation sind für 1955 Einnahmen von 21,08 Millionen und Ausgaben von 38,02 Millionen vorgesehen. 6,3 Millionen entfallen auf die Anlagenerhaltung, 15 Millionen auf Kanalbauten.

Wasserverbrauch um 2 Millionen Kubikmeter gestiegen

Die Wasserwerke präliminieren ihre Einnahmen mit 70,68 Millionen und die Ausgaben mit 106 Millionen. Im Jahre 1954 betrug der Wasserverbrauch 134 Millionen Kubikmeter. Er ist somit um zirka 2 Millionen Kubikmeter gestiegen. Die Ursache liegt in dem durch die bessere Beschäftigung bedingten Mehrverbrauch der Industrie. Der durchschnittliche Wasserverbrauch je Kopf und Tag betrug 220 Liter. Die Chlorierung wird mit 0.2 mg/l wie in den vergangenen Jahren durchgeführt. Da in den Bezirken mit höherer Lage über zu geringen Wasserdruck geklagt wurde, wird durch Verbesserung der Druck- und Hebeanlagen versucht, diesen Übelstand zu beseitigen.

Baggerungen in den Alten Donau-Strandbädern

Für die städtischen Bäder sind die Einnahmen mit 15,8 Millionen, die Ausgaben mit 35,3 Millionen budgetiert. Auf bauliche Herstellungen entfallen rund 8 Millionen Schilling, die für die Fertigstellung des Theresienbades sowie eines neuen Kinderfreibades auf dem Max Winter-Platz, für Baggerungsarbeiten in den Strandbädern an der Alten Donau etc. verwendet werden sollen. Die Warmbäder hatten mit einem Besuch von rund 5 Millionen Badegästen im Jahre 1954 gegenüber dem Jahre 1953 einen um 4,5 Prozent geringeren Besuch aufzuweisen. Die Sommerbäder verzeichnen bei 1,35 Millionen Gästen einen Mehrbesuch von 0,56 Prozent und die Kinderfreibäder mit 530.000 Besuchern eine um 21,9 Prozent geringere Frequentierung. Der Rückgang der Besucherzahl bei den Warmbädern dürfte in der Errichtung neuer städtischen Wohnhausanlagen und ihrer Ausstattung mit Bädern zu suchen sein.

Für die städtischen Wäschereien sind für das Jahr 1955 Einnahmen in der Höhe von 11,318.000 Schilling und Ausgaben von 13,046.000 Schilling veranschlagt. Bei den Ausgaben handelt es sich vor allem um die Anschaffung von Brennstoffen, Waschmitteln und verschiedenen Inventar. Die Leistungen der Wäschereien steigen ständig. So wurde in der Zentralwäscherei in der Schwenkgasse im Jahre 1950 eine Waschleistung von rund 3,146.000 kg erzielt und im Jahre 1954 von zirka 4,580.000 Kilogramm. Für das Jahr 1955 sind 4,620.000 Kilogramm veranschlagt. Die Dampfwäscherei Mödling wurde der Stadtgemeinde Mödling übergeben. Auch die 34 Wohnhauswäschereien werden im steigenden Maße frequentiert. Ein Rückgang ist in der Frequenz der 80 Wohnhausbadeanlagen zu verzeichnen. Während die Wannebäder 1950 von 126.000 Personen benützt wurden, brachte das Jahr 1954 einen Rückgang auf 88.000. Bei den Brausen ist der Rückgang von 388.000 im Jahre 1950 auf 380.000 im Jahre 1954. In den Zentralwäschereien waren durch die stark ansteigende Waschleistung außer baulichen Herstellungen und größeren Erhaltungsarbeiten bedeutende Umgestaltungen notwendig.

160 Schneepflüge stehen bereit

Der Magistratsabteilung 48 untersteht der Fuhrpark, die Straßenpflege und Kehrichtabfuhr. Beim Fuhrpark wird mit einer Einnahme von 34,6 Millionen Schilling gerechnet; für Ausgaben, also für Inventarerhaltung, die Anschaffung von Verbrauchsmaterialien und bauliche Herstellungen sind Ausgaben in der Höhe von 48,5 Millionen vorgesehen. Dieser Abteilung obliegt u.a. die Beistellung der für die Straßenpflege und Müllabfuhr benötigten Fahrzeuge und Großgeräte sowie die Betreuung des eigenen Fuhr- und Geräteparks und des gesamten Wagenparks der Hoheitsverwaltung und der Betriebe. Der Gesamtstand an Fahrzeugen beträgt derzeit einschließlich der Sonderfahrzeuge 459.

Der Fuhrpark hält für die kommende Schneebekämpfung zirka 160 Schneepflüge, 25 Geräte für den Streudienst und ebenso viele Lastkraftwagen bereit.

19 Millionen Quadratmeter Straßen werden gereinigt

Für die Straßenpflege und Kehrichtabfuhr sind Ausgaben in der Höhe von 91 Millionen Schilling errechnet worden. Die Einnahmen sind mit 31 Millionen veranschlagt. Der Straßenpflege obliegt die Reinigung, Bespritzung, Maschung und Staubbindung der Straße sowie die Schneebeseitigung, Bestreuung bei Glatteis, Reinigung der Straßenwasserablaufschächte und die provisorische Behebung als Sofortmaßnahme kleiner Straßenschäden. Die zu reinigende Straßenfläche beträgt ungefähr 19 Millionen Quadratmeter. An Spezialfahrzeugen für die Straßenpflege im Sommer stehen zur Verfügung: 9 Kehrmaschinen und 17 Anhänger, 6 selbstaufnehmende Sammelmaschinen, 3 Kleinkehrmaschinen, 5 moderne selbstaufnehmende Kehrmaschinen, 1 großer Straßenstaubsauger, 17 Sprengwagen, 7 Waschmaschinen, 2 Schlammsauger und 1 Kanalsauger. Im Winter stehen zur Verfügung: 160 Lastkraftwagen mit Anbau für Schneepflüge, 44 Schneepfluganhänger, 1 Schneeschleuder, 1 Schneelader, 5 Schneeladegeräte und 25 Sandstreuer.

560.000 Kubikmeter Mist in einem Jahr

Der Kehrichtabfuhr obliegt die Müllbeseitigung sowie die Unterbringung des Mülls. Im Jahre 1954 wurden bis September zirka 420.000 Kubikmeter Müll abgeführt. Die voraussichtliche Leistung bis zum Ende des Jahres wird auf 560.000 Kubikmeter geschätzt. Außerdem obliegt dieser Abteilung die Errichtung und Betreuung der öffentlichen Bedürfnisanstalten.

Stadtrat Koci weist abschließend darauf hin, daß in den genannten Abteilungen eine sehr umfangreiche Arbeit geleistet wird. Die Bevölkerung könne mit den Leistungen, die auf diesem Gebiet erzielt wurden, zufrieden sein. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Debatte über die Öffentlichen Einrichtungen

GR. Maller (VO) bezeichnet die Schaffung dieser neuen Geschäftsgruppe als einen Auswuchs des Proporzses. Stadtrat Koci hätte hier jedoch die Möglichkeit, einiges an der Wiener Bevölkerung wieder gutzumachen. So gibt es in Wien noch rund 44.800 Häuser, vor allem in Siedlungsgebieten, die noch nicht an das Kanalnetz angeschlossen sind. Die Kanalisierung einer Stadt ist aber schon vom hygienischen und sanitären Gesichtspunkt aus eine große Notwendigkeit. Der Redner tritt in diesem Zusammenhang für die Abschaffung der Einhebung einer Kanaleinnüchtungsgebühr ein. Diese Gebühr sei viel zu hoch und für manche Siedler untragbar. Er sieht auch eine Ungerechtigkeit darin, daß diese Gebühr nach Frontmetern berechnet wird, egal ob es sich um ein Zinshaus mit vielen Parteien oder ein Siedlungshaus handelt.

Der Redner wendet sich bei der Besprechung der Wasserversorgung gegen die Chlorierung des Wiener Trinkwassers und verlangt, daß es naturbelassen bleiben soll.

Bei den öffentlichen Bädern sagt er, daß in vielen Bezirken das Bad nur schwer zu erreichen ist, wie zum Beispiel besonders im 10. Bezirk. Außerdem gibt es fast in jedem Wiener Bezirk überhaupt zu wenig städtische Bäder.

Zur Alten Donau: Es ist bedauerlich, daß sich die Zeichen des bedenklichen Verfalles dieses Erholungsgebietes von Jahr zu Jahr mehren.

Der Redner fordert genügend Erholungsplätze an den Ufern und eine großzügige Ausbaggerung. Er fragt auch an, wann mit dem Bau des projektierten Bades auf dem Laaer Berg begonnen werden wird.

Bei der Straßenreinigung kritisiert GR.Maller, daß Wien in den Sommermonaten unter einer argen Staubplage leidet, und zwar wegen der ungenügenden Besprengung und Kehrung der Straßen. Es fehle an modernen Geräten und Personal. Auch für die Schneesauberung empfiehlt der Redner modernere Maschinen wie sie im Ausland benützt werden, die zum Beispiel den Schnee aufsaugen.

Zur Kehrichtabfuhr meint er, es sei notwendig, daß auch in jenen Teilen unserer Stadt, wo die Abfuhr noch nach der Art des Mistbauers erfolgt, die staubfreie Kehrichtabfuhr eingeführt wird.

Im übrigen verweigerte er im Namen der VO die Zustimmung zu dem zur Debatte stehenden Kapitel des Voranschlages.

GR. Mazur (OVP) führt zunächst aus, die neue Verwaltungsgruppe VIII müßte eigentlich "Öffentliche Einrichtungen und gemeindeeigene Hilfsbetriebe" heißen, denn der Fuhrpark und die Wäschereien dienen nur gemeindeeigenen Zwecken und nicht der breiten Öffentlichkeit. Jedenfalls fand Stadtrat Koci einen reich gedeckten Tisch vor. 332 Millionen Schilling stehen seinem Ressort zur Verfügung, das sind 10 Prozent der gesamten Budgetsumme für 1955.

Der Redner beschäftigt sich sodann mit der Wasserversorgung und tritt gleichfalls dafür ein, die Chlorierung des Wiener Trinkwassers aufzulassen. Er bedauert es auch, daß die Hochquellen nicht mehr in der Lage sind, besonders in den Sommermonaten genügend Wasser zu liefern, sodaß aus Pumpwerken Wasser zugesetzt werden muß, wodurch die Qualität des Wiener Trinkwassers leidet. Der Bau des großen Wasserspeichers in Neusiedl geht jedoch rüstig vorwärts, sodaß hoffentlich im nächsten Sommer keine Wassersparmaßnahmen mehr nötig sein werden. Besonders vordringlich sei die Wasserversorgung bei den Gärtnereibetrieben in Simmering, deren Hausbrunnen nicht ausreichen.

Bei der Besprechung der städtischen Bäder urgiert der Redner den Dringlichkeitsantrag seiner Fraktion, der im April 1954 eingebracht worden war und der darauf abzielte, den Mittel- und Hochschülern den Besuch der städtischen Badeanstalten zu einem ermäßigten Preis zu ermöglichen.



Die städtischen Wäschereien werden laufend mit neuen Maschinen ausgestattet. Dies sei in Ordnung, meinte GR. Mazur, solange nicht durch neue Aufgaben, die die Wäschereien übernehmen, die Privatwirtschaft geschädigt wird. Er stellt ferner die Frage, wie überhaupt die Kalkulation der Wäschereien aussieht.

Im städtischen Fuhrpark erblickte bisher die Privatwirtschaft eine starke Konkurrenz. Wenn trotzdem auf diesem Gebiet ein erträgliches Einvernehmen bestand, so verdanken wir dies ausschließlich dem bisherigen Stadtrat. Dieser Zustand kann weiter bestehen, wenn der städtische Fuhrpark nicht durch Anschaffungen neuer Kraftfahrzeuge vergrößert wird. Gegen die Anschaffung von Spezialfahrzeugen sei selbstverständlich nichts einzuwenden. Der Redner brachte auch einige Beschwerden des Privatfuhrwerkes über eine Benachteiligung ihrer Fahrzeuge vor und gab auch dem Wunsche der Privatfuhrwerker Ausdruck, daß diese zur Schneesäuberung für den Winter herangezogen werden.

Bei der Müllbeseitigung begrüßte GR. Mazur, daß versucht werde, neue Wege zu beschreiten. Er hoffe, daß diese zum gewünschten Erfolg führen.

Zu den grünen Häuschen, die noch immer in Wien zu sehen sind, meinte der Redner, daß diese wirklich nicht eine Zierde der Wienerstadt bilden. Es wäre höchste Zeit, daß man diese Anstalten unter die Erdoberfläche verlegt.

Zusammenfassend gab GR. Mazur im Namen seiner Fraktion die Zusage, daß die Vertreter der ÖVP im zuständigen Ausschuß zur aktiven Mitarbeit bereit seien, unter der Bedingung, daß sich die neue Verwaltungsgruppe nicht als das Zentrum neuer Kommunalisierungsbestrebungen erweist. Er dankte allen Angestellten und Arbeitern der Verwaltungsgruppe VIII und gab in Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen dieser Gruppe. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Mistingger (SPÖ) erklärt einleitend, er möchte einmal eine Legende zerstören, nämlich die Legende vom "Volksbürgermeister" Dr. Lueger. (GR. Leinkauf: Das ist Geschichte, nicht Legende!) Er möchte aufzeigen, warum unsere Väter diesen Mann so verachtet und gehaßt haben. Am 8. April 1897 wurde Lueger zum fünften Mal zum Bürgermeister gewählt, nachdem ihn der Kaiser vorher viermal abgelehnt hatte. Als die Bestätigung des Kaisers erfolgte, haben die

höchsten Würdenträger der katholischen Kirche in dem damaligen katholischen Blatt "Das Vaterland" geschrieben, daß "der größte, gesinnungsloseste Wiener Streber und Vernichter vieler anständiger Charaktere ans Ziel gekommen" sei. Dr. Lueger, der aus dem 3. Bezirk kam, hat seine Partei und seine Anschauung mehrmals gewechselt. Dieser Mann, der noch in den achtziger Jahren Majestätsbeleidiger, Kirchenfeinde und Anarchisten verteidigte, wurde auf einmal zum größten Hasser der Sozialdemokraten und der Arbeiter. Einige Tage vor der Feier seines 60. Geburtstages im Jahre 1904 hat er im Niederösterreichischen Landtag eine Rede gehalten und dem nachherigen Bürgermeister Seitz folgende Worte zugerufen: "Geehrter Herr Seitz, schauen Sie sich die Leute an, die mit Ihnen am 1. Mai in den Prater wandern, das sind alles Lumpen!" Diese "Lumpen", die Arbeiter, waren aber die Mehrheit in der Stadt; nur durch das damalige Wahlsystem war es Dr. Lueger möglich, in Wien zu herrschen. Am Abend vor der geplanten Geburtstagsfeier sind die Wiener Arbeiter zu Zehntausenden an Rathaus vorbeimarschiert und haben dem Dr. Lueger ihre Verachtung ausgedrückt. (Lebhafte Zwischenrufe.) Die "Familienfreundlichkeit" der Zeit Dr. Luegers zeigte sich zum Beispiel darin, daß im Jahre 1904 von 407.773 Wohnungen 141.886 gerichtlich gekündigt wurden. 31 Prozent aller Wohnungen hatten Bettgeher. (Anhaltende Zwischenrufe. - Ruf: Geschichtsfälscher! - GR. Leinkauf: Ich habe gelernt, große Sozialisten zu schätzen, Sie sind aber keiner!)

Auch eine Gegenüberstellung der Kanalräumungs- und Wassergebühren von heute mit der Zeit vor 50 Jahren zeigt deutlich, wie damals und wie heute die Gemeinde verwaltet wird. 1955 stehen für die Kanalisation 38 Millionen Ausgaben 21 Millionen Einnahmen gegenüber; 1904 wurden für die Räumung der Hauskanäle 279.000 Kronen ausgegeben und 843.000 Kronen eingenommen. Die Räumung der Kanäle war also in der damaligen Zeit ein gutes Geschäft.

Ebenso stehen heute bei den Wasserwerken Ausgaben von 106 Millionen Einnahmen von 70 Millionen Schilling gegenüber; im Jahre 1904 wurden 3,8 Millionen Kronen ausgegeben und 7,8 Millionen Kronen vereinnahmt.

Bei den Bädern ist es der Stadtverwaltung gelungen, seit 1948 eine Reihe von neuen Bädern instandzusetzen. Hiefür wurden bisher rund 80 Millionen Schilling ausgegeben. Zu den 26 Kinderfreibädern wird im kommenden Jahr ein neues im 2. Bezirk hinzukommen. Eine weitere Vermehrung der Kinderfreibäder wäre schon mit Rücksicht auf die starke Frequenz notwendig. 1949 wurden 286.000 Kinder, 1953 aber 685.000 Kinder in den Freibädern gezählt.

Eine große Aufgabe erwartet den neuen Stadtrat noch bei der Einleitung des Wassers in die Wiener Wohnungen. In Ottakring sind heute noch 74 Prozent der Wohnungen ohne eigene Wasserleitung, in zehn Gemeindebezirken sind es über 50 Prozent und auch in der Inneren Stadt gibt es noch immer 15 Prozent der Wohnungen ohne eigene Wasserleitung. Das Ziel muß sein: Keine Küche ohne Wasser!

Wir Sozialisten stimmen für dieses Budget, weil wir wollen, daß Wien schöner wird und daß die Menschen in dieser Stadt gesünder leben.

Stadtrat Koci (SPÖ) führt in seinem Schlußwort unter anderem aus, daß die Chlorierung unseres Trinkwassers seit 1945 durchgeführt wird. Die Hygieniker beschäftigen sich mehr denn je mit dieser Frage und sind der Meinung, daß ein ganz geringer Prozentsatz von Chlor kaum fühlbar sei und eine notwendige Maßnahme darstelle, ohne den Geschmack des guten Wiener Wassers zu verändern. Nach den Analysen haben wir nach wie vor alle Ursache, unser Wasser als eines der besten Trinkwasser der Welt bezeichnen zu dürfen. Die Fachleute behaupten, daß das eingepumpte Grundwasser besser ist als das reine Hochquellwasser. Grundwasser wurde schon immer mit dem Hochquellwasser vermengt. Die immer wieder auftauchenden Gerüchte, daß Donauwasser filtriert und unserer Hochquellleitung beigefügt werde, entbehre jeder Grundlage.

Zu einer Anregung des GR. Mazur erklärt der Stadtrat, der Fuhrwerksbetrieb der Gemeinde denke nicht daran, die gewerbliche Wirtschaft zu schädigen. Die Gemeindeverwaltung sei aber bestrebt, im Interesse der Gemeinde den Transport aller für die Baustellen und insbesondere für die großen Bauvorhaben notwendigen Güter mit eigenem Fuhrwerk zu bewältigen, weil dies im Interesse einer sparsamen Verwaltung liege.

An den geforderten Wasserdruckverbesserungen wird bereits gearbeitet.

GR. Mazur hat ferner zu einem von seiner Fraktion im Mai dieses Jahres eingebrachten Antrag, der die Herabsetzung der Bäderpreise für Mittel- und Hochschüler verlangt, Stellung genommen. Dazu ist zu sagen, daß für die genannte Personengruppe bereits eine Ermäßigung von 50 Prozent besteht.

Die Vorwürfe gegenüber dem Fuhrpark müssen zurückgewiesen werden, da nicht die Absicht besteht, durch sein Bestehen das Gewerbe zu schädigen. Es müsse aber allen verständlich sein, daß die Gemeindeverwaltung Vorsorge trifft, ihren Aufgaben mit den sparsamsten Mitteln nachzukommen. Zur Frage nach der Kalkulation der städtischen Zentralwäscherei ist zu sagen, daß sich Kalanderväsche pro Kilogramm auf 2.05 Schilling stellt, handgebügelte Wäsche auf 3.70 Schilling und Trockenwäsche ungebügelt auf 1.60 Schilling. Es ergibt sich im Vergleich zu privaten Betrieben bei Kalanderväsche eine Differenz von 70 bis 80 Groschen und bei handgebügelter Wäsche eine Differenz von 1 Schilling.

Zur erwähnten Rauchbelästigung durch die Zentralwäscherei ist zu sagen, daß derzeit die Umstellung auf Ölfeuerung erfolgt, wodurch die Rauchbelästigung bedeutend eingedämmt werden wird. Stadtrat Koci dankt GR. Mistingger für seine Ausführungen, durch die bereits ein Teil der Anfragen beantwortet wurde.

Zu den bekrittelten öffentlichen Bedürfnisanstalten erwidert Stadtrat Koci, daß es sich hier um eine berechnigte Kritik handle. Er werde sich bemühen, vor allem die so-

./.

21. Dezember 1954 "Rathaus-Korrespondenz" Blatt 2369

nannten "blechernen Pilze" aus dem Stadtbild zu entfernen. Die Frage der Beschaffung weiterer unterirdischer Bedürfnisanstalten sei vorläufig noch offen, da zum Beispiel die Errichtung einer derartigen Anstalt auf dem Kai 750.000 Schilling gekostet hat.

Zu der geforderten Mithilfe der Stadtverwaltung zur Einleitung des Wassers in Althäuser habe bereits Stadtrat Resch Stellung genommen. Wo es möglich ist, erklärt Stadtrat Koci weiter, werde auch er seinen Einfluß geltend machen, damit auf diesen Gebiete etwas geschieht.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze ohne die Stimmen der VO angenommen.

- - -

Geschäftsgruppe IX: Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen  
=====

Über die Geschäftsgruppe IX, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen, referierte Stadtrat Glaserer (SPÖ.) Er stellt einleitend fest, daß er diese Verwaltungsgruppe erst vor einigen Tagen übernommen hat. Es falle ihm daher nicht ganz leicht, über diese Gruppe zu referieren, obwohl sie nur aus zwei Abteilungen besteht. Eine dieser Abteilungen ist das Wohnungsamt, das einen empfindlichen Punkt in der Verwaltung unserer Stadt darstellt. Dies aber nicht deshalb, weil die Verwaltung oder Führung dieses Amtes nicht in Ordnung wäre, sondern deshalb, weil der Bedarf an Wohnraum, vor allem an modernem Wohnraum, um ein Vielfaches größer ist als die Zahl der vorhandenen Wohnungen. Wer das bei der Betrachtung dieser Geschäftsgruppe übersieht, der geht am Kern der Sache vorbei.

Im Bereiche der Magistratsabteilung 50 haben sich im letzten Jahr durch die Novellierung des Wohnungsanforderungsgesetzes und durch die Preisregelungsgesetznovelle 1954 Änderungen in der Tätigkeit der Gruppe ergeben, die auch zu einer Verminderung des Personales führten. Durch eine Vereinfachung der Verwaltungsaufgaben wurde auch der Personalstand der Anforderungsgruppe von 47 auf 37 herabgesetzt. Im Berichtsjahr wurden durch diese Gruppe 11.063 Wohnungsvermietungen, einschließlich der angezeigten Wohnungstausche, in Privathäusern anerkannt. 1135 Wohnungen wurden angefordert, da innerhalb der dreiwöchigen Frist nach Freiwerden der Wohnung von Seiten der Hausinhabung keine Vermietung erfolgte. Dadurch haben rund 7400 Familien in Privathäusern ein Obdach gefunden. Die Gruppe für Mietzinsbildung wird ab sofort aufgelöst, da sämtliche, die preisrechtliche Mietzinsbildung betreffende Vorschriften aufgehoben wurden.

Klasse I-Fälle durch Umreihung sprunghaft gestiegen

Von der Vormerkungsgruppe wurden durch die Abtretung der Randgemeinden 3454 Wohnwerberakte der Klasse I und II an die Niederösterreichische Landesregierung abgetreten.

21. Dezember 1954 "Rathaus-Korrespondenz" Blatt 2371

Am 1. Jänner dieses Jahres zählte diese Gruppe 27.910 Ansuchen der Klasse I und 24.420 Ansuchen der Klasse II. Durch die Wohnungsanforderungsgesetznovelle 1953 sind alle Ansuchen von Wohnungssuchenden, die einen Überbelag nachweisen können oder als gesundheitsschädlich erklärt wurden, in die Klasse I überreicht worden. Dadurch ist die Zahl der in Klasse I geführten Fälle sprunghaft gestiegen. Sie betrug mit Ende November 40.215 Ansuchen. Dem gegenüber sind die Fälle der Klasse II von 24.420 auf 18.445 gefallen. Neben den 7400 in Privatwohnungen untergebrachten Familien wurden 8700 Wohnwerber in Gemeindewohnungen, und zwar 7200 in Neubauten, 1200 in den Zwischenkriegsbauten und rund 300 in städtischen Althäusern eingewiesen.

Das Wohnungsamt war bemüht, auf allen Gebieten des Wohnungsnotstandes zu helfen und hat unter anderem in der Zeit von Jänner bis November 1954 768 Einsturzfälle, 1723 obdachlose Familien, 3375 vor der Delogierung stehende Wohnwerber, 801 Familien, die zur Freimachung von städtischen Baugründen abgesiedelt werden mußten, 2524 Familien aus stark überbelegten Wohnungen und 1858 Familien, die durch Kriegseinwirkung, politische oder rassische Verfolgung ihre Wohnungen verloren haben, in Wohnungen eingewiesen. Durch die Hochwasserkatastrophe sind in Wien rund 70 Familien obdachlos geworden. 35 davon wurden bereits in eine Wohnung eingewiesen. Die übrigen 35 Familien werden in den nächsten Wochen in Wohnungen untergebracht, die für die berufstätigen Mitglieder der Betroffenen günstig liegen. Da diese Wohnungen aber erst in der nächsten Zeit zur Verfügung stehen und außerdem genaue Überprüfungen wegen Abbruch der bisher benützten Objekte durch die Baubehörden notwendig waren, war eine Verzögerung in der Unterbringung dieser Familien nicht zu vermeiden.

Die Magistratsabteilung 52, Städtische Wohn- und Amtshäuserverwaltung, der auch die Betreuung des Kleingarten- und Siedlungswesens angeschlossen ist, erweitert durch die andauernde Bautätigkeit ständig ihren Aufgabenkreis. Sie verwaltet nunmehr 645 Wohnhausbauten, 7 Wohnsiedlungen, 26 Siedlungsanlagen und 830 Althäuser, insgesamt also 1508 Objekte mit 102.165 Wohnungen.

Dies ergibt einen Zugang gegenüber dem 31. Dezember 1953 um 48 Objekte mit 5644 Wohnungen. In den an Niederösterreich abgetretenen Randgemeinden befinden sich 51 Wohnhausbauten, 2 Siedlungsanlagen und 244 städtische Althäuser, das sind zusammen 297 Objekte mit 2315 Wohnungen.

Die Gemeinde Wien ist nach wie vor bestrebt, aus den einfließenden Mietzinsen die Zeitschäden an den Wohnhausanlagen zu beheben und hat dafür im Jahre 1954 rund 50 Millionen Schilling aufgewendet. Für die Instandsetzung von Kriegsschäden an den Wohnhausanlagen wurden 7'4 Millionen aus Fondsmitteln verwendet und 2'2 Millionen aus eigenen Mitteln zugeschossen.

Die Gruppe Kleingarten- und Siedlungswesen verwaltet 95 Siedlungsanlagen mit 8989 Siedlungs- und Mehrfamilienhäusern mit zusammen 10.693 Wohnungen, die in der genannten Gesamtsumme schon enthalten sind. An 22.800 Kleingärtner sind 6'4 Millionen Quadratmeter städtische Grundflächen verpachtet. Davon befinden sich in den an Niederösterreich abgetretenen Gemeinden 538.000 Quadratmeter mit 4400 Kleingärten.

Für Erntelandzwecke werden noch immer rund 1,626.500 Quadratmeter in Anspruch genommen. 1,378.400 Quadratmeter befinden sich in städtischem Besitz, der Rest ist Privatbesitz. Die Zahl der Erntelandlose beträgt 7800, das ist gegenüber 1953 eine Verminderung um 1400 Erntelandlose.

Im laufenden Jahre wurden 28 Baurechte bestellt und damit die Schaffung von mehr als 800 Wohnungen ermöglicht. Weitere 24 Ansuchen sind in Bearbeitung.

Die Amtsgébaudeverwaltung betreut 147 Objekte, und zwar 116 Amtshäuser, davon 26 in den abgetretenen Randgemeinden, ferner 28 Häuser für verschiedene Zwecke, davon 9 in den ehemaligen Randgemeinden. Außerdem werden in Wien noch 5 ehemalige Kreisamtsgebäude der NSDAP, die Eigentum der Republik Österreich sind, treuhändig verwaltet.

Ferner unterstehen der Magistratsabteilung 52 die Möbelrechtsstelle, die Möbelvermietung und Hausratsverwaltung.



Die Möbelrechtsstelle hat im Berichtsjahr einen Großteil der zu erledigenden Ansuchen um Freigabe von Möbeln bearbeitet, sodaß in absehbarer Zeit auch mit der Auflösung dieser Stelle gerechnet werden kann.

### 1.823 Wohnungen und 443 Objekte noch beschlagnahmt

Von der Besatzungsmacht waren mit 30. November 1954 folgende Objekte beschlagnahmt: vom amerikanischen Element 380 Wohnungen und 141 Objekte, vom britischen 4 Wohnungen und 12 sonstige Objekte, vom französischen 154 und 36 und vom sowjetischen 1.285 Wohnungen und 254 Objekte. Insgesamt werden also in ganz Wien 1.823 Wohnungen und 443 sonstige Objekte von den vier Besatzungsmächten in Anspruch genommen. Außerdem sind in der Sowjetzone noch immer 711 Wohnungen und 114 Untermieten der Verfügungsgewalt der österreichischen Behörden dadurch entzogen, daß wohl die militärische Beschlagnahme aufgehoben wurde, jedoch über deren Befehl Zivilpersonen oder Organisationen dort eingewiesen wurden. In der Zeit vom 1. Jänner bis 30. November 1954 erfolgten durch die Besatzungsmächte folgende Freigaben: seitens des amerikanischen Elementes 45 Wohnungen und 14 sonstige Objekte, seitens des britischen Elementes 6 Wohnungen und 13 Objekte, durch das französische 84 Wohnungen und 23 Objekte und das sowjetische 7 Wohnungen und 1 Objekt.

Abschließend gibt Stadtrat Glaserer der Überzeugung Ausdruck, daß sein Vorgänger in diesem schweren Amt und auch der gesamte Mitarbeiterstab bestrebt waren, ihr Bestes zu geben. Auch er wird bereit sein, alles zu tun, um die Wohnungsnot zu lindern. Der Redner gibt jedoch zu bedenken, daß in Klasse I und II nicht weniger als 58.660 Fälle, hievon 13.000 besonders dringende, geführt werden. Trotz allem hofft er voll Zuversicht, gestützt auf das große Wohnbauprogramm der Gemeindeverwaltung und gestützt auf die Auswirkung des Wohnbauförderungsgesetzes, daß nach Ablauf der fünfjährigen Verwaltungsperiode das allerschwerste auf diesem Gebiet überwunden wurde. (Beifall bei den Sozialisten.)

### Debatte über Wohnungswesen

GR. Hausner (VO) kommt auf das tragische Schicksal der Obdachlosen zu sprechen und fordert die Schaffung eines Gesetzes, daß Delogierungen erst dann vorgenommen werden dürfen, wenn Ersatzwoh-

nungen zur Verfügung gestellt werden können. In dem Gesetz müsse auch zur Verhinderung der Praktiken der Hausherrenvorschläge vorgesorgt werden. Der Redner fordert ferner, bei der Vergebung der Wohnungen in erster Linie die Obdachlosen zu berücksichtigen.

Die Notstandsfälle steigern sich von Jahr zu Jahr. Eine Reihe von Obdachlosenheimen wurden aufgelassen, obwohl die Ziffer der Obdachlosen im Steigen begriffen ist. Das Wohnungsamt sollte alles tun, um in allererster Linie diesen Ärmsten der Armen zeitgerecht zu helfen.

Das Wohnungsamt zähle zu den unpopulärsten Ämtern unserer Stadt. Die Bevölkerung verstehe wohl, daß nicht alle Wohnungsuchenden zeitgerecht eine Wohnung bekommen können, sie verstehen es aber nicht, daß man die Wohnungen nicht etwa auf Grund persönlicher Vorsprachen oder nach der Wohnungsnot, sondern nach Protektion und Proporz vergebe. Heute werden an den Beamten im Wohnungsamt nur die parteimäßig gesichteten Fälle herangebracht. Die entscheidende Aufgabe des neuen Stadtrates werde es sein, die Tore des Wohnungsamtes den Menschen zu öffnen, für die es geschaffen ist. Vor allem die Obdachlosen sollten ihr persönliches Schicksal den Beamten im Wohnungsamt selber vortragen können und ihnen so die Möglichkeit geben, menschlicher zu entscheiden.

Bei der Hochwasserkatastrophe habe sofort überall und allgemein die Hilfe eingesetzt, nur das Wohnungsamt habe sich bei der Zuteilung von Wohnungen an die Hochwassergeschädigten Zeit gelassen.

Bei der Zuweisung von Gemeindewohnungen sollte man schon vom vornherein darauf achten, daß man in die Kleinwohnungen nur solche Familien einweist, bei denen nicht mehr zu erwarten ist, daß sie mit den Kindern gesegnet werden.

Das Wohnungsamt habe den größten Verschleiß an Stadträten aufzuweisen, weil der Leiter dieses Amtes immer wieder ein Opfer der Proporz- und Parteipolitik geworden sei. Der neue Stadtrat übernehme ein großes und verantwortungsvolles Amt. Wenn man ihm helfen wolle, so gebe man ihm die Möglichkeit, sein Amt so einzurichten, daß nach dem gerechtesten Prinzip die bedürftigsten Menschen Wohnungen erhalten.

GR. Hausner spricht dann über die Schwierigkeiten, die die Wohnhäuserverwaltung den Mietern in verschiedenen Fällen bereitet, statt ihnen behilflich zu sein.

Zum Kapitel Siedlungs- und Kleingartenwesen stellt er mit Befriedigung fest, daß man endlich von dem Grundsatz abgegangen ist, die Straßen und Wege in Siedlungsanlagen müßten die Siedler instandhalten. Nur sollte man in noch stärkerem Ausmaß als bisher die Straßen in den Siedlungsanlagen in einem ordentlichen Zustand erhalten. Auch für die Beleuchtung soll mehr getan werden.

Weiter meint der Redner, man müsse für die Kleingärtner genügend Grundflächen zur Verfügung stellen, dann wird es auch keine wilden Siedler mehr geben.

Abschließend verweigerte GR. Hausner im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen des Kapitels IX.

GR. Hermine Holub (ÖVP) sagt, es sei sehr bedauerlich und der Würde des Hauses nicht entsprechend, wenn man einen Menschen wie Dr. Karl Lueger, der so viel Werte geschaffen hat, deren Nutznießer wir noch immer sind, in den Augen der Jugend so herabsetzt. (Anmerkung: Während der Ausführungen von GR. Mistingner (SPÖ) waren die Galerien mit Schülern besetzt.) Die Sozialisten haben damit ein Zeugnis gegeben, daß sie nicht befähigt sind, die Jugend zur Ehrfurcht vor der Vergangenheit und der Demokratie zu erziehen (Beifall bei der ÖVP). Wie immer die Sozialisten über Bürgermeister Lueger reden und denken mögen, er ist und bleibt der große Volksbürgermeister Wiens, auch wenn es der sozialistischen Partei nicht paßt (Beifall bei der ÖVP).

Nach diesen Bemerkungen geht die Sprecherin auf das zur Debatte stehende Kapitel ein. Sie bezeichnet es als erfreulich, daß für den kommunalen Wohnhausbau genügend Mittel vorgesehen sind, um die Wohnungsnot teilweise zu beseitigen. Teilweise deswegen, weil nach den Ausführungen von Stadtrat Glascherer über die Zahl der Wohnungssuchenden der soziale Wohnhausbau nur eine Teillösung darstellt. Die ÖVP ist daher der Meinung, daß alles, was den Bau von Wohnungen in dieser Stadt ermöglicht, gefördert und unterstützt werden muß. Sie ist aber auch der Meinung, daß die Vergebung von Wohnungen nach sozialen Grundsätzen erfolgen soll.

Es darf nicht mehr vorkommen, daß mit der Not der Ärmsten Parteipolitik getrieben wird. Dies sei eine Ungerechtigkeit an der Bevölkerung dieser Stadt, aus deren Steuergeldern schließlich gebaut wird. GR. Holub sagte, sie hoffe, daß der neue Stadtrat für das Wohnungswesen eine gerechtere und eine verständlichere Einsicht für die Not der Wohnungssuchenden ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit aufbringen werde. Sie denke dabei in erster Linie an die Familien mit Kindern. Es müssen mehr familiengerechte Wohnungen gebaut werden. Es darf nicht vorkommen, daß nach fast 9 Jahren Bautätigkeit der Gemeinde heute noch hunderte Familien menschenunwürdig wohnen.

Wir wundern uns immer wieder, daß Österreich das geburtenärmste Land Westeuropas ist, aber auf der anderen Seite wird viel zu wenig dagegen unternommen. Die durch die Wohnungsnot hervorgerufene Zersplitterung des Familienlebens kann gerade bei den werktätigen Schichten der Bevölkerung zur Verelendung führen. Wie kann ein Mensch Freude an der Familie haben, wenn er in einem nassen Kellerloch hausen muß.

Wir haben so viele Kindergärten und Horte und Fürsorgeeinrichtungen für die Kinder; aber alle diese sozialen Einrichtungen sind nur ein Ersatz für die Familie. Das schönste Erziehungsheim und die tüchtigste Sozialbeamtin können nicht das Vaterhaus und die liebende Fürsorge einer Mutter ersetzen. Deswegen brauchen wir in erster Linie gesunde und große Wohnungen in denen sich die Familien entwickeln können.

Die Rednerin begrüßt, daß im jetzigen Bauprogramm 45 Prozent Großwohnungen vorgesehen sind. Sie hofft, daß es dadurch anders wird.

Aber auch die jungen Ehepaare sollten mehr Berücksichtigung finden. Von 20.000 jungen Ehepaaren müssen 19.000 in Untermiete oder bei den Eltern wohnen. Die meisten dieser jungen Leute können an eine Familiengründung überhaupt nicht denken. Es ist auch hier erfreulich zu hören, daß junge Ehepaare nicht mehr wie bisher in Einzelräume eingewiesen werden, sondern in Wohnungen, in denen sie an eine Familiengründung denken können. Die beste Lebens- und Eheberatung sind ebengesunde familienfreundliche Wohnungen. (Beifall bei der ÖVP.)

Für die Alleinstehenden andererseits sollte man mehr Garconieren bauen, um die leidigen Untermieten abzuschaffen. Ebenso bedarf es einer Lösung für die Arztwohnungen in den Gemeindebauten und einer gerechteren Vergebung von Geschäftslokalen. Auch der kleine Gewerbetreibende müßte hier berücksichtigt werden.

GR. Holub regt an, daß die Besitzer von Großwohnungen die Möglichkeit erhalten sollten, in kleine Gemeindewohnungen einzuziehen wenn sie es wollen, damit die großen Wohnungen für kinderreiche Familien zur Verfügung gestellt werden können.

Schließlich wäre es auch die Pflicht der Stadtverwaltung, sich mit dem Problem der Althäuser zu befassen, weil die Stadt Wien alles unterstützen sollte, was Wohnraum schafft.

Zur Möbelfrage führt die Rednerin aus, daß sich viele Benützer schon bereit erklärt haben, freiwillig auf die zur Verfügung gestellten Möbel zu verzichten. Leider haben andererseits manche die Möbel an Angehörige weitergegeben, bei denen in Frage steht, ob sie die Voraussetzungen für die Benützung der Möbel erfüllen. GR. Holub ersuchte deshalb um eine Überprüfung. Auch in der Frage der enteigneten Kleingärten hat sich die ÖVP immer bemüht, die Rückgabe an die Betroffenen zu erreichen. Sie hoffe, daß nach so vielen Jahren des Wartens die Menschen endlich zu ihrem Recht kommen.

Die Rednerin beschäftigt sich dann mit den Ausführungen von GR. Frieda Nödl (SPÖ), die von einem unmenschlichen Fürsorgerat aus dem Jahre 1908 berichtete. Es kommt auch heute noch vor, hält die Rednerin dem entgegen, daß Menschen unmenschliche Handlungen begehen. Es kommt heute noch vor, daß verzweifelte Menschen mit ihren Kindern, wenn sie von der Obdachlosigkeit bedroht, beim Wohnungsamt vorsprechen, nicht sehr liebevoll betreut werden, sondern ihnen gesagt wird: "Machen Sie, was Sie wollen, das geht uns nichts an, schlafen Sie unter der Brücke und geben Sie Ihre Kinder zur Caritas!" (Hört, Hört-Rufe bei der ÖVP). Ich möchte also richtigstellen, daß überall und zu jeder Zeit Ausschreitungen vorkommen können. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Nödl hat auch gesagt "Uns Sozialisten ist die Fürsorge eine Herzensangelegenheit und sittliche Verpflichtung". Uns von der ÖVP sind die gesamten Notstände der ganzen Bevölkerung ohne Unterschied eine Herzensangelegenheit und sittliche Verpflichtung. Besonders aber schließen wir hier die Familien mit Kindern ein. Wir erwarten daher, daß die Familien mit Kindern gefördert werden.

Abschließend appellierte GR.Holub an das Gewissen aller, aus dem Wohnungsproblem kein Politikum zu machen. Nur dann könne die ÖVP auf diesem Gebiet weiter mitverantworten und mitarbeiten. In erster Linie seien alle Gemeinderäte Diener des Volkes und keiner politischen Partei. (Beifall bei der ÖVP) Die Rednerin gab den Ansätzen des 9. Hauptstückes im Namen ihrer Fraktion die Zustimmung (Beifall bei der ÖVP).

GR. Swoboda (SPÖ) betont, daß die Führung des Wohnungswesens eine der schwierigsten Aufgaben in der Verwaltung dieser Stadt ist. Es ist derzeit nicht möglich, alle Wünsche, Forderungen und auch Notwendigkeiten zu erfüllen, weil die Verhältnisse viel stärker sind. Von den 40.000 vorgemerkten Wohnungswerbern der Klasse I sind noch immer 12.716 dringendste Fälle. 11.243 dringendste Fälle konnten in diesem Jahr erledigt werden. Es kamen jedoch 11.802 neue Fälle hinzu, sodaß die derzeitige Zahl der dringendsten Fälle um 559 größer ist als zu Beginn des Jahres. Angesichts dieser Ziffern kann man wahrlich nicht behaupten, daß nach politischen Gesichtspunkten Wohnungen vergeben würden. Die Zahl der unterzubringenden Menschen ist noch immer horrend. Wer die Arbeit im Wohnungsamt kennt, muß aber feststellen, daß dort unter den schwierigsten Verhältnissen versucht wird, die Wohnungsnot und das Wohnungselend zu lindern. Aufgabe der Mitglieder des Gemeinderates sollte es sein, diese so schwierige Arbeit zu unterstützen, um bei der Bevölkerung Vertrauen zu erwecken. Nur so wird es möglich sein, alle Notstände zu beheben und weiter an dem Ziele zu arbeiten, die Wohnungsnot und das Wohnungselend zu überwinden (Beifall bei den Sozialisten).

Die Volkspartei ist mit allen Leistungen unzufrieden und verlangt eine stärkere Berücksichtigung der Familien. Die Einweisungen des Wohnungsamtes betreffen aber zum größten Teil nur Familien. Im Parlament hingegen hat die ÖVP eine Verbesserung der Räumungsschutzverordnung zu Fall gebracht und damit familienfeindliche Politik betrieben. Auch die Schaffung eines zentralen Reparaturfonds ist an dem Widerstand der ÖVP im Parlament gescheitert. Dem Antrag auf Schaffung eines modernen Miet- und Wohnrechtes hat die ÖVP nicht zugestimmt.

Wir Sozialisten sind bereit, alles zu unternehmen, um der Wohnungsnot ein Ende zu bereiten. Neben der Bereitstellung großer Mittel für den sozialen Wohnhausbau tritt unser Wahlprogramm für die Modernisierung der alten Gemeindhäuser und der alten Privathäuser sowie für die notwendige Assanierung ein. Alle diese Wahlversprechen zielen darauf ab, das Wohnungselend und die Wohnungsnot zu bekämpfen. Aber hier muß man Geduld haben. Wenn wir in diesem Tagungsabschnitt des Gemeinderates in Ruhe arbeiten können, werden wir am Ende dieser fünf Jahre schon viel näher unseren Ziele sein, immer mehr das Alte niederzureißen und Neues zu bauen.

Alle Parteien im Gemeinderat mögen aber mithelfen, und den guten Willen aufbringen, auf diesem so schweren Gebiete im Interesse unserer notleidenden Bevölkerung zusammenzuarbeiten, um allen jenen, die heute noch auf das Obdach warten, dieses so rasch wie möglich geben zu können. Die sozialistische Fraktion wird für diese Gruppe stimmen (Beifall bei den Sozialisten).

Berichterstatter Stadtrat Glaserer (SPÖ) führt in seinem Schlußwort aus, daß das Ansteigen der Wiener Wohnungswerber in unserer Zeit ebenso selbstverständlich ist wie in allen Städten, in denen auf dem Gebiete des Wohnhauses etwas geleistet wird. Vor wenigen Jahren noch, als fast nichts gebaut werden konnte, war die Zahl der Wohnungswerber natürlich geringer. Aber jetzt, da gebaut wird und in der Bevölkerung die große Hoffnung vorhanden ist, zu einer Wohnung zu kommen, ist es selbstverständlich, daß alle Wohnungswünsche vorgebracht werden. Wir besitzen heute mehr Wohnungen in unserer Stadt als vor dem Bombenkrieg, die Einwohnerzahl ist aber um 200.000 Menschen geringer. Trotzdem gibt es noch eine würgende Wohnungsnot.

Durch das fortwährende Nörgeln, daß Wohnungen nach Parteigesichtspunkten oder nach den Proporz vergeben werden, wird die Atmosphäre vergiftet. In den ersten elf Monaten dieses Jahres waren 913 Einsturzfälle zu verzeichnen, während 931 Einsturzfälle in Wohnungen eingewiesen wurden. Angesichts dieser Ziffern kann doch nicht behauptet werden, die 931 Eingewiesenen seien perlustriert worden, ob sie der Sozialistischen Partei angehören.

2.687 anfallenden Obdachlosenfällen stehen 2.300 Zuweisungen von Wohnungen an Obdachlose gegenüber. Ähnlich verhält es sich bei der drohenden Delogierung und bei den gesundheitsschädlichen Wohnungen. Es sind noch viele dringende und schwere Fälle zu erledigen, es ist aber zu hoffen, daß wir im nächsten Jahr über die schwersten Fälle hinwegkommen werden. Daneben bestehen selbstverständlich weitere Wünsche. Die Politik der Sozialistischen Partei zielt letzten Endes darauf ab, die Menschen aus den finsternen Gangküchenwohnungen heraus und in sonnige helle Wohnungen hineinzubringen. (Beifall bei der SPÖ.)

Die besondere Not der kinderreichen Familien ist der Führung des Wohnungsamtes bekannt. Auch der Bürgermeister unserer Stadt betont immer wieder, daß den kinderreichen Familien der Vorzug gegeben werden muß. In den letzten elf Monaten wurden in neue Wohnungen eingewiesen:

Kinder bis zu 14 Jahren	11.046
Jugendliche bis zu 21 Jahren	2.851
Junge Menschen bis zu 30 Jahren	8.681
	<hr/>
zusammen also junge Menschen	22.578

Das ist mehr als die Hälfte aller eingewiesenen Personen. Das Wohnungsamt beschreitet also tatsächlich den Weg, kinderreiche Familien in die neuen Wohnungen einzuweisen!

Eine Notzeit führt immer dazu, daß die Kritik stark übertrieben wird. Wenn die Kritik aber darin bestehen sollte, daß in unseren Gemeindebauten Sozialisten wohnen, so ist darauf zu sagen, daß die Mehrheit der Bevölkerung hinter der Sozialistischen Partei steht und daß die überwältigende Mehrheit der Arbeiter und Angestellten dieser Stadt, auf die es bei diesen Kleinwohnungen in erster Linie ankommt, sich zur sozialistischen Idee bekennt. (Beifall bei der SPÖ.) Wir haben in den vergangenen Jahren die Hungersnot überwunden. Wenn wir alle zusammenhelfen, wenn wir guten Willens sind und auch weiterhin den sozialen Wohnhausbau wie den sonstigen Wohnhausbau fortsetzen, werden wir in absehbarer Zeit auch über die Wohnungsnot siegen. (Beifall bei der SPÖ.)

Bei der Abstimmung wird die Gruppe IX, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen, gegen die Stimmen der VO angenommen.



Geschäftsgruppe X: Wirtschaftsangelegenheiten  
=====

Hierauf gelangte die Geschäftsgruppe X: Wirtschaftsangelegenheiten zur Beratung.

Berichterstatter Amtsführender Stadtrat Bauer betont, er habe schon im Vorjahr auf die günstige wirtschaftliche Entwicklung in Österreich hinweisen können, die zur Folge hatte, daß die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von für die Stadt Wien wichtigen Bedarfsartikeln im vollen Umfang beseitigt werden konnten. Es hat ein wirtschaftlicher Aufschwung sondergleichen eingesetzt, der auf manchen Gebieten in Lieferschwierigkeiten spürbar wird. Diese Schwierigkeiten werden jedoch nicht durch Materialmangel hervorgerufen. Es gibt vielmehr Betriebe, deren Kapazität so ausgenützt ist, daß sie nicht in der Lage sind, die ihnen vom Beschaffungsamt vorgeschriebenen Liefertermine einzuhalten. Viele Betriebe klagen auch darüber, daß es nicht möglich ist, genügend Facharbeiter zu bekommen. Die erfolgreiche Finanzpolitik in der Bundesregierung hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, diese günstige Entwicklung in die Wege zu leiten. Wenn der von der Bundesregierung eingeschlagene Weg, was wir alle fest hoffen, weiterhin beschritten wird, so ist auch im Jahre 1955 mit der gleichen wirtschaftlichen Konjunktur zu rechnen, in der wir uns gegenwärtig befinden.

Mit freudiger Genugtuung stellt der Referent fest, daß alle von der Verwaltung an das Beschaffungsamt herangetragenen Wünsche bezüglich des Einkaufes der notwendigen Waren restlos befriedigt werden konnten. Das Beschaffungsamt hat derzeit zirka 3.800 städtische Dienststellen und Schulen zu beliefern. Dem Beschaffungsamt sind ein Zentrallager, die Bäckerei, ein Brennstofflager, ein Schulmöbeldepot und der Druckereibetrieb angeschlossen.

Bemerkenswert ist - betont Stadtrat Bauer - daß der Einkaufspreis für alle Mehlsorten trotz der durch den Streik der Mühlenarbeiter im November 1954 ausgelösten Preiserhöhungen gleich geblieben ist. Gleich blieben auch die Preise für Zucker, Salz, Schmalz, Marmelade und Kaffeemittel. Billiger geworden sind Reis und Margarine.

Für die städtischen Anstalten wurden bis 30. November d.J. Textilien und Lederwaren im Werte von 18,6 Millionen Schilling angekauft. Darüber hinaus wurden an Lohnarbeiten Aufträge um ungefähr 2 1/4 Millionen Schilling vergeben. ./.

Bei den Eisenwaren konnten teilweise Rabatterhöhungen erreicht werden, die aber durch Preissteigerungen mehr als wettgemacht wurden. Sämtliche Holzwaren erhöhten sich im Preis um etwa 5 bis 6 Prozent. Dasselbe war auch bei Besen- und Bürstenwaren festzustellen. Durch Lohnerhöhungen im Reinigungsgewerbe wurden die Preise für Reinigungsarbeiten um 10 Prozent hinaufgesetzt.

Im Berichtszeitraum (Jänner bis November 1954) wurden 670 Tonnen Papier um 3,9 Millionen Schilling angekauft. Druckaufträge wurden im Betrage von fast 3 Millionen Schilling und Buchbinderarbeiten im Betrage von 719 Schilling vergeben. Für Bücher und Zeitschriften wurden 418.000 Schilling, für Stampigilien und Numeratoren 39.000 Schilling und für sonstige Kanzleimaterialien fast 1 Million Schilling ausgegeben.

Die Brennstoffanforderungen der Verbrauchsstellen wurden im Jahre 1954 restlos und ohne Anstand befriedigt. Gelegentliche Schwankungen in der Anlieferung aus den Kohlengruben und Werken konnten durch eine entsprechende Vorratswirtschaft überwunden werden. Der ständig steigende Verbrauch von Inlandbrennstoffen - Heizöl, Braunkohle, Wiener Gaskoks - verdrängt immer mehr Importbrennstoffe. Im Laufe des Berichtsjahres waren die Preise für Brennstoffe fast unverändert, lediglich polnische Steinkohle wurde um 1,8 Prozent und Braunkohlenbriketts wurden um 0,3 Prozent billiger. Brennholz hat sich um 10 Prozent verteuert.

Vom 1. Jänner bis 30. November 1954 wurden - wie der Berichterstatter hervorhebt - an die städtischen Verbrauchsstellen insgesamt 96.989 Tonnen Brennstoff abgegeben, darunter 30,600 Tonnen Inlandkohle, fast 35.000 Tonnen Wiener Gaskoks, 18.600 Tonnen Auslandskohle, 1.100 Tonnen Brennholz und 11.200 Tonnen Heizöl.

Für die Neuanschaffung von Einrichtungsgegenständen wurden rund 4,5 Millionen Schilling verausgabt, die Kosten für die laufende Instandsetzung von Möbeln betragen etwas über 800.000 Schilling. Die hauptsächlichsten Investitionen entfielen hierbei auf Spitäler und Altersheime. Die Erlöse aus dem Verkauf von Altmaterialien belaufen sich in diesem Jahr auf rund 2,6 Millionen Schilling.

Für die laufende Instandsetzung des Inventars für die

städtischen Volks-, Haupt- und Sonderschulen mußten heuer fast 2 Millionen Schilling aufgewendet werden. Zwei Schulneubauten in Ebling und Kagran mit zusammen 26 Klassen samt Nebenräumen, ferner 7 Wiederaufbauschulen mit zusammen 85 Klassen und weitere 160 Klassen in renovierten Schulen wurden mit neuen Schulmöbeln eingerichtet.

Die Beschäftigung der städtischen Bäckerei ist befriedigend. Ungefähr zwei Drittel der von den Anstalten der Stadt benötigten Backwaren werden in der eigenen Bäckerei hergestellt.

Der städtische Grundbesitz umfaßte am 31. Dezember 1953 2,3 Millionen Ar in Wien und 2,1 Millionen Ar außerhalb Wiens. Die Vereinigte Wiener Fürsorgestiftung besitzt eine Grundfläche von 2.400 Ar. Im Mitbesitz der Gemeinde Wien stehen innerhalb Wiens 63.500 Ar, außerhalb Wiens 4.400 Ar.

Vom 1. Jänner bis 15. November 1954 konnten von der Gemeinde Wien 479.000 Quadratmeter Grund um den Betrag von 18,8 Millionen Schilling angekauft werden. Das entspricht einem Durchschnittspreis pro Quadratmeter von rund 40 Schilling.

Bis zum Berichtstage hatte die Magistratsabteilung 57 mit ungefähr 12.000 Benützern von Grundstücken Bestandverträge. Ferner standen insgesamt 66 Konzessionen in Verwaltung dieser Magistratsabteilung. Hievon waren 50 Gastwirtkonzessionen und 1 Buchdruckerkonzession in Bestand gegeben, während 15 Gastwirtkonzessionen, größtenteils infolge von Kriegseinwirkungen, nicht in Betrieb standen. Nach Durchführung des Gebietsänderungsgesetzes, auf Grund dessen 19 Gast- und Schankgewerbekonzessionen und 1 Buchdruckerkonzession zurückgegeben werden mußten, verblieben in der Verwaltung der Gemeinde 45 Gast- und Schankgewerbekonzessionen, wovon/ihren Standort im Gebiet der Stadt Wien haben.

Eine wesentliche Arbeit ist dem Liegenschaftsamte durch die infolge der Wohnbauprogramme notwendigen umfangreichen Freimachungen städtischer Gründe erwachsen, die zu den verschiedensten Zwecken in Bestand gegeben sind. Die Verhandlungen wegen der Freimachung städtischer Gründe, insbesondere wenn sich auf ihnen Wohnräume oder Betriebe befinden, gestalten sich in den meisten Fällen wahr-schwerig und langwierig. Soweit der Gerichtsweg beschritten werden muß, ist, falls das Verfahren von seiten des Gegners durch alle Instanzen geführt wird, mit einer Mindestdauer von einem Jahr zu rechnen.

Obwohl die Grundstücke grundsätzlich gegen höchstens halbjährige Kündigung in Bestand gegeben werden und der Errichtung von Superädifikaten auf städtischen Grundstücken nur gegen Verpflichtung zur jederzeitigen Abtragung zugestimmt wurde, bringen die Pächter der Notwendigkeit der Räumung der von ihnen benützten Grundstücke selbst zur Errichtung von Wohnhausbauten nur wenig Verständnis entgegen. Es zeigt sich oft, daß die Freimachungskosten bedeutend höher sind als der durch mehrere Jahre hindurch vereinnahmte Pachtzins. Auf Grund der derzeitigen gesetzlichen Bestimmungen ist aber in absehbarer Zeit keine Veränderung dieser Praxis zu erwarten.

Die Magistratsabteilung 57 führt auch die Verkäufe von städtischen Grundstücken und Grundstücksteilen durch, die vor allem zur Baureifmachung von Privatgrundstücken notwendig sind. Sie behandelt ferner die Ansuchen um Rückstellung von Liegenschaften, die in der Zeit von März 1938 bis zum Jahre 1945 von der Stadt Wien erworben wurden. An solchen Rückstellungsfällen bedeutenderen Umfanges sind insbesondere die Verhandlungen mit der Israelitischen Kultusgemeinde und mit der Finanzkammer der Erzdiözese Wien zu erwähnen. Bei klarer Rückstellungspflicht werden wie bisher grundsätzlich außergerichtliche Vergleiche angestrebt werden, um der Stadt Wien Verfahrens- und Anwaltskosten zu ersparen.

Die von der Praterbetriebsgesellschaft m.b.H. in Liquidation abgeschlossenen Bestandsverträge werden künftig von der Magistratsabteilung 57 betreut und nach Tunlichkeit den tatsächlichen Verhältnissen angepaßt werden.

Die Pachtzinseinnahmen der Stadt Wien betragen im Jahre 1953 593.000 Schilling. Durchschnittlich wurde ein 3,6prozentiger Pachtzins erzielt. 1954 haben die Umsätze eine geringfügige Steigerung erfahren, wodurch auch mit höheren Pachtzinseingängen gerechnet werden kann. 1955 werden vielleicht durch Neuverpachtung bisher nicht ausgeübter Konzessionen Mehreinnahmen erzielt werden können.

Das ehemalige Kaffeerestaurant "Türkenschanzpark" wird abgetragen und nicht mehr aufgebaut; das Gelände wird eingeebnet und hierauf parkmäßig ausgestaltet werden. Über die künftige Verwendung des Schloßhotels "Kobenzl" ist noch keine Entscheidung  
./.

getroffen werden.

Die Land- und Forstwirtschaftsinspektion hat in den Monaten Jänner bis einschließlich November 1954 insgesamt 2.956 Betriebskontrollen durchgeführt. Es wurden bestehende Mängel an Maschinen, baulichen Einrichtungen, elektrischen Anlagen usw. festgestellt, die im Hinblick auf die damit verbundenen Gefahren für die Arbeitskräfte beanstandet wurden. Die Zahl der Beanstandungen betrug 1.755. In 84 Fällen wurden die von den Dienstgebern beigegebenen Wohnunterkünfte und die sanitären Anlagen beanstandet. An 578 Betriebsinhaber wurden überdies schriftliche Aufträge zur Behebung der in ihren Betrieben festgestellten Mängel erteilt. In Einzelfällen, in denen derartigen Aufforderungen nicht entsprochen wurde, mußten bescheidmäßige Verfügungen veranlaßt werden. Wegen Behinderung der Organe in der Ausübung ihres Dienstes wurden vier, wegen Verstoßes gegen den Schutz der Jugendlichen zwei Strafanzeigen erstattet. Von den bisher zu betreuenden 8.400 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben wurden 5.000 durch das Gebietsänderungsgesetz an Niederösterreich abgetreten. An das Land Niederösterreich fielen auch 125 Jagdgebiete mit einer Fläche von 72.000 Hektar und Fischereireviere mit einem Ausmaß von 1.700 Hektar.

Beim Marktamt stehen den Einnahmen von ungefähr 15 Millionen Schilling Ausgaben von 24,7 Millionen Schilling gegenüber. Die Ausgleichsabgabe auf Lebendvieh und Frischfleisch wird 4,5 Millionen einbringen. Besonderes Augenmerk hat das Marktamt der Preisbewegung und der Marktbeschickung zugewendet. Insbesondere mußte immer wieder auf die Bestimmung des richtigen Zeitpunktes und entsprechenden Ausmaßes der erforderlichen Vieh-, Gemüse- und Obstimporte hingearbeitet werden. Auf dem Fleischsektor machten sich leider Preissteigerungen nachteilig bemerkbar. Eine gewisse Entspannung bei der Schweineeinfuhr trat erst nach der Liberalisierung ein, die leider erst sehr spät erfolgte. Die Lage auf dem Gemüsesektor war zeitweise, bedingt durch außergewöhnlich schlechtes Wetter und die Hochwasserkatastrophe, sehr schlecht.

Die Möglichkeit zu einem amtlichen Eingreifen bei der Überwachung der Preise wurde durch die Preisregelungsgesetznovelle 1954 weiterhin eingeschränkt. Das Marktamt trachtete bei auftretenden Schwierigkeiten im Rahmen des Möglichen durch entsprechende

Einwirkung Abhilfe zu schaffen und durch Aufklärung der Bevölkerung den Konsum so zu beeinflussen, daß auftretende ungünstige Auswirkungen gemildert wurden. Leider kauften die Verbraucher nicht immer jene Waren, die im Augenblick billig waren.

Dem Marktamt obliegt ferner die lebensmittelpolizeiliche Überwachung von rund 24.000 Lebensmittel-Kleinhandelsbetrieben und von 1.500 Großbetrieben. Es wurden im Laufe des Jahres zirka 40.000 Lebensmittelproben entnommen und untersucht. Sehr bewährt hat sich auch die Importkontrolle. Durch rechtzeitiges Eingreifen wurde der Verkauf verdorbener oder mangelhafter Waren verhindert. Eine große Menge solcher Waren wurden beschlagnahmt oder den ausländischen Lieferanten zurückgestellt. Die vom Marktamt der Stadt Wien geschaffene Importkontrolle wurde auch von anderen Städten und Landesregierungen anerkannt und aufgegriffen. Die entsprechende Erfassung der eingeführten Waren wurde dadurch vervollständigt, daß die Zollämter vom Finanzministerium angewiesen wurden, den Marktämtern alle einlangenden größeren Lebensmittelimporte zu melden. Wegen Zuwiderhandlungen gegen das Lebensmittelgesetz wurden heuer bisher 987 Anzeigen an die Staatsanwaltschaft erstattet. Stark frequentiert war auch die Pilzberatungsstelle des Marktamtes. Durch die strenge Überprüfung der auf den Markt gebrachten Pilze kam es zu keinerlei Gesundheitsschädigungen. Auch die warenkundliche Ausstellung in den Räumen der Marktamtsdirektion wurde von Schulen und Fachorganisationen und auch von Privatpersonen aufgesucht.

Die kommissionellen Qualitätsüberprüfungen befaßten sich weiterhin mit Brot, Butter und Würsten. Die Einrichtung der Qualitätsbegutachtung von Lebensmitteln wurde auch von den Dienststellen der Stadt Wien, wie den Anstalten und dem Beschaffungsamt immer wieder in Anspruch genommen. Das Marktamt will nicht anzeigen und bestrafen, sondern vielmehr erziehen, um Handel und Gewerbe vor minderwertigen Warenlieferungen zu schützen und dem Konsumenten zu helfen, gute und preiswerte Waren kaufen zu können.

Das Veterinäramt hat in den städtischen Schlachthöfen und in der Großmarkthalle wichtige Aufgaben zum Schutze der Gesundheit der Wiener Bevölkerung nach dem Tierseuchengesetz, der Fleischbeschauordnung und dem Lebensmittelgesetz zu erfüllen. Die Schlacht-

höfe sind ein Zentralpunkt zur Aufdeckung von Seuchen. Durch ihr rechtzeitiges Erkennen werden schwere volkswirtschaftliche Schäden vermieden. Die Hauptaufgabe des Veterinärarnes ist es, die Wiener Bevölkerung mit einwandfreiem Fleisch zu versorgen. Außerdem hat es auf die rationelle Verwertung der Schlachtungs- und Nebenprodukte Einfluß zu nehmen. Das Veterinärarn wirkt auch bei der Auswahl, Gewinnung, Behandlung und Lagerung des Fleisches mit. Es verwaltet den Rinderschlachthof St. Marx, die Veterinärarnliche Untersuchungsstelle im Rinderschlachthof, Schweineschlachthof und Wiener Kontumazanlage. Die Kriegsschäden an diesen Anlagen wurden fast zur Gänze behoben. Für die Behebung der Kriegsschäden im Jahre 1955 wurden 1,500.000 Schilling veranschlagt, womit der Wiederaufbau in den Schlachthöfen der Stadt Wien vermutlich abgeschlossen werden kann. Aus der Gegenüberstellung der Schlachtungsziffern von St. Marx aus den Jahren 1937, 1946 und 1953 ist zu ersehen, daß die Fleischanlieferungen nach Wien trotz vieler gegenteiliger Prophezeiungen in den ersten Nachkriegsjahren wieder an die Friedensjahre heranreichen und die Schlachthofanlagen der gleichen Belastung gewachsen sein müssen. Der große Gebarungsabgang bei den Schlachthöfen ist darauf zurückzuführen, daß die Stadt Wien die niedrigsten Vieh- und Schlachthofgebühren in Österreich einhebt. Um eine gerechte Aufteilung der Gebühren auf den Einzelnen zu erreichen, müßte an Stelle des bisherigen starren Stücktarifes ein elastischer, von den jeweiligen Marktpreisen bestimmter Kilogrammтарif ausgearbeitet werden.

Stadtrat Bauer stellt abschließend fest, wenn auch manche Wünsche noch nicht erfüllt werden konnten, so muß doch festgestellt werden, daß durch die Ansätze des vorliegenden Voranschlagges wieder ein Schritt weiter vorwärts gemacht wurde. Er dankt den Mitgliedern des Gemeinderatsausschusses für ihre mustergültige Arbeit und auch allen Arbeitern und Angestellten, die in vorbildlicher Art und Weise ihre Aufgaben lösten. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Debatte über Wirtschaftsangelegenheiten

GR. Kronberger (VO) stellt fest, daß gerade die Wirtschaftsangelegenheiten für die arbeitende Bevölkerung unserer Stadt eine entscheidende Bedeutung haben. Bei vielen Leistungen der Stadtverwaltung wird es darauf ankommen, ob Stadtrat Bauer billig oder teuer einkauft, denn durch billiges Einkaufen wird Geld erspart, mit dem wieder zusätzliche Anschaffungen gemacht werden können. Das Beschaffungsamt könnte viel zur Preisregelung beitragen. Der Redner kommt sodann auf die Liberalisierung zu sprechen und stellt fest, daß sie keinerlei Preissenkungen mit sich brachte, außer der bei den Autos. Die Lebensmittelpreise sind ständig im Steigen. Es müßten auf dem Gebiete des Marktwesens den Marktkommissären größere Befugnisse eingeräumt werden. GR. Kronberger stellt fest, daß durch die hohen Lebensmittelpreise heute schon vielfach Familien nicht mehr genügend zu essen haben. Damit Hand in Hand gehe auch der Rückgang des Konsums, der wieder eine Gefährdung der Existenzmöglichkeit vieler kleiner Gewerbetreibenden mit sich bringe. Auch die vor einigen Jahren unter der Beteiligung der Gemeinde Wien gegründete Viehverwertungsgesellschaft habe leider nicht entsprochen. Stadtrat Bauer habe in dieser Gesellschaft Einfluß und möge dert für Fleischverbilligungen eintreten.

Der Redner stellt fest, daß die derzeitigen Kartoffelpreise den ehemaligen Schwarzmarktpreisen der Jahre 1946 und 1947 gleichzustellen sind. Auch die Eierpreise seien unverhältnismäßig hoch, trotzdem im Frühjahr und Sommer versprochen wurde, billige Eier einzulagern. Die Gemeinde hätte auf allen diesen Gebieten die Möglichkeit, entscheidend einzugreifen. Es fehle hier nicht an den nötigen Budgetansätzen, sondern an der richtigen Einstellung zu dieser Frage. Seine Fraktion könne daher den Ansätzen nicht zustimmen.

GR.Dr.Ing. Hengl (ÖVP) stellt fest, daß die Verwaltungsgruppe X durch das Ergebnis der Parteienverhandlungen verkleinert wurde. So kam das Schulamt an Gruppe III und die Grundkäufe wurden zur Verwaltungsgruppe XI überstellt. Er möchte in diesem Zusammenhang feststellen, daß die Stadträte seiner Fraktion ihre Pflicht gegenüber der Bevölkerung voll und ganz erfüllt haben.



Aus dem Bericht des Beschaffungsamtes ist deutlich die gehobene wirtschaftliche Situation unseres Landes zu erkennen. Der Redner hat den Wunsch, daß auch bei größeren Einkäufen des Beschaffungsamtes kleinere Betriebe zur Lieferung herangezogen werden.

Das Liegenschaftsamt hat auch nachdem die Angelegenheit des Grundkaufes in die Gruppe XI überstellt wurde, weiterhin wichtige Aufgaben. Der Redner regt in diesem Zusammenhang an, man möge für das Schloß Cobenzl endlich eine Verwendung finden.

Die Wiener Landwirtschaft hat einen großen Teil ihrer Betriebe durch die Ausgemeindung abgegeben. Es bleiben aber noch immer 3.700 landwirtschaftliche Betriebe im Wiener Stadtgebiet, deren Betreuung weiterhin der Geschäftsgruppe Wirtschaftsangelegenheiten obliegt. Die österreichische und die Wiener Landwirtschaft im besonderen haben wegen der zukünftigen Entwicklung große Sorgen. Der Redner richtete deshalb einen Appell an die Hausfrauen, bei der Aufstellung ihres Küchenszettels die heimischen Produkte zu bevorzugen.

Bei der Tätigkeit der land- und forstwirtschaftlichen Inspektion stellt Dr. Ing. Hengl fest, daß von 1.800 Beanstandungen nur acht zu einer Anzeige führten. In allen übrigen Fällen wurde von den Bauern den Wünschen der Kontrollstellen gerne nachgekommen.

Der Redner ersucht Stadtrat Bauer, dafür zu sorgen, daß auch die Wiener Landwirtschaft in den Genuß der Vergünstigung bei der Hagelversicherung kommt. Der große Erfolg, den besonders die Schweiz auf diesem Gebiet erzielt hat, muß auch in Österreich und in Wien ein Ansporn sein.

Die Schlachthöfe sind nun fast vollkommen wieder aufgebaut. Während 1945/46 nur ein ganz minimaler Auftrieb festzustellen war, deckt nunmehr der Auftrieb den Bedarf der Wiener Bevölkerung vollauf.

Zu den Märkten sagt der Redner, daß der errichtete Blumen- großmarkt auf dem Phorusplatz seinen Zweck voll und ganz erfüllt. Er hoffe, daß auch das Problem des Naschmarktes endlich gelöst werde. Über den neuen Platz sind die Ansichten verschieden. Er schlägt vor, diese für ganz Wien wichtige Frage durch die Einberufung einer Enquete zu klären.

Das Marktamt hat eine notwendige aber auch heikle Aufgabe. Schwierigkeiten ergeben sich nur äußerst selten; trotzdem ersuchte der Redner, daß die Beamten noch mehr als bisher erzieherisch und belehrend wirken mögen. Eine Reihe von Betrieben in Wien ist allerdings der Kontrolle des Marktamtes entzogen, und zwar die Usia-Läden. Dr. Ing. Hengl richtete einen Appell an die Bevölkerung diese Geschäfte vor allem jetzt vor der Weihnachtszeit zu meiden (Beifall bei der ÖVP).

Das Veterinäramt erfüllt im Interesse der Gesundheit unserer Bevölkerung wichtige Aufgaben. Leider ist der Stand an Tierärzten noch immer geringer als vor 1938. Es wäre dringend notwendig, Neueinstellungen durchzuführen.

Abschließend dankte der Redner allen Beamten und Angestellten, vor allem aber Stadtrat Bauer für ihre Tätigkeit und erklärte im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen der Verwaltungsgruppe X (Beifall bei der ÖVP).

GR. Jirava (SPÖ) meint zunächst, weil seine Vorredner den wirtschaftlichen Aufstieg mit den Namen Raab und Kamitz verknüpft haben: "Wir sind zufrieden mit "unserem Resch", der hier in Wien die Wirtschaft angekurbelt hat!"

Im folgenden bespricht der Redner gleichfalls der Reihe nach die Abteilungen der Geschäftsgruppe Wirtschaftsangelegenheiten. Das Beschaffungsamt ist, wie er ausführte, das große Warenhaus der Gemeinde Wien. Er zollte den hier Tätigen für ihre Arbeit vollste Anerkennung.

Beim Marktamt weist GR. Jirava darauf hin, daß das österreichische Lebensmittelgesetzbuch eines der strengsten der Welt ist. Er warnt vor den Usia-Läden und besonders vor den Fleischkauf in diesen Geschäften, da das Fleisch von der Lebensmittelpolizei nicht kontrolliert werden kann.

Zum Problem des Naschmarktes bemerkt der Redner, daß die Anlage schon früher unzulänglich war, vor allem im Bezug auf den Großmarkt. Wir werden in der allernächsten Zeit der Frage der Verlegung des Naschmarktes besonderes Augenmerk schenken müssen. Auch die Zustände in der Fleisch-Großmarkthalle in der Invalidenstraße sind unhaltbar geworden.

Hinzu kommen noch die unzureichenden Verkehrsverhältnisse und die Nachteile, die sich durch die große Zahl von Fliegen im Sommer für den Stadtpark ergeben.

Das Veterinäramt hat gerade in der Zeit vor Weihnachten eine ganz besonders schwere Arbeit zu leisten. Im Interesse der Gesundheit der Wiener Bevölkerung und im Sinne des Satzes "Vorbeugen ist besser denn heilen" sollte dem Marktamt und dem Veterinäramt noch größere Aufmerksamkeit zugewendet werden.

Die Sozialisten werden dem Voranschlag dieser Gruppe die Zustimmung erteilen. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Bauer (ÖVP) weist in Beantwortung der Ausführungen des Gemeinderates Kronberger darauf hin, daß die Verwendung von Heizöl so lange zu teuer ist, als das Öl nicht wieder Österreich gehört. (GR. Kronberger: Das Öl hat noch nie uns gehört! - Lebhaftes Zwischenrufe. - GR. Mühlhauser: Das ist der Standpunkt eines Wiener Gemeinderates der VO!).

Bei der Gemüseanlieferung war auch heuer wieder festzustellen, daß die ersten Gurken und der erst Glashaussalat reißenden Absatz fanden, während zu der Zeit, da genügend Gemüse auf dem Markt war, die Ware unverkauft blieb. Auch die Versuche, über das Radio Kochrezepte zu senden, die beitragen sollten, das billige Gemüse zu verkaufen, waren von keinem besonderen Erfolg begleitet. Bezüglich der Schaffung eines Gemüsegroßmarktes, über die schon seit längerer Zeit Besprechungen stattfinden, gehen die Meinungen sehr weit auseinander.

Es wäre sicherlich möglich, die Fleisch-Großmarkthalle von der Invalidenstraße nach dem sogenannten Kälbermarkt in St. Marx zu verlegen, man müßte sich aber darüber klar werden, welchem Zweck man die bisherige Markthalle zuführen soll. Wenn einmal der Nachmarkt durch die Einmündung der Autobahn verlegt werden sollte, könnte man vielleicht die Großmarkthalle zu einem zentralgelegenen Bahnhof für Überlandautobusse benützen.

Abschließend ersucht der Stadtrat nochmals, den Ansätzen seiner Gruppe die Zustimmung zu erteilen. (Beifall bei der ÖVP.)

Bei der Abstimmung wird die Gruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten, gegen die Stimmen der VO angenommen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

## Entfallende Sprechstunden

=====

21. Dezember (RK) Donnerstag, den 23. Dezember, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen Dkfm. Richard Nathschläger.

- - -

## Schweinehauptmarkt vom 21. Dezember

=====

21. Dezember (RK) Neuzufuhren vom Inland: 3.621. Aus Ungarn: 2.334. Gesamtauftrieb: 5.955. Verkauft wurden alle. Kontumazanlage: 915 aus Jugoslawien, 476 aus Bulgarien.

Preise: Extremware 18.40 bis 18.50 S, I. Qualität 17.40 bis 18.30 S, II. Qualität 14 S, III. Qualität 13.50 bis 13.80 S, Zuchten 12.20 bis 13 S, Altschneider 12 S.

Bei sehr lebhaftem Marktverkehr verteuerten sich sämtliche Qualitäten bis zu 50 Groschen. Ungarische Schweine notierten behauptet. Ungarische Schweine 13 bis 14 S, jugoslawische Schweine 13.40 bis 14, bulgarische Schweine 13.40 bis 13.60 S.

- - -

## Konstituierungen der neugewählten Bezirksvertretungen

=====

21. Dezember (RK) Der Amtsführende Stadtrat für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten Afritsch setzte heute vormittag die Angelobung der neugewählten Bezirksräte und die Wahl der Bezirksvorsteher fort. Am Vormittag wurden in drei Wiener Bezirken, in Fünfhaus, in der Josefstadt und in Hernals die Bezirksvertretungen konstituiert. Im 15. Bezirk wurde Heinrich Hajek (SPÖ) zum Bezirksvorsteher und Eduard Kuster zum Bezirksvorsteher-Stellvertreter gewählt. Regierungsrat Franz Bartl (ÖVP) wurde zum Bezirksvorsteher und Franz Jira (SPÖ) zum Bezirksvorsteher-Stellvertreter des 8. Bezirkes gewählt. Im 17. Bezirk wurde Karl Panek (SPÖ) zum Bezirksvorsteher, Franz Troppmann (ÖVP) zum Bezirksvorsteher-Stellvertreter gewählt.

Am Nachmittag nahm der Amtsführende Stadtrat für Kultur

und Volksbildung Mandl in Vertretung des Bürgermeisters die Konstituierungen in den Bezirken Währing, Brigittenau und Donau-  
stadt vor. Es wurden gewählt: 18. Bezirk, Bezirksvorsteher  
Dr. Friedrich Holomek (ÖVP), Bezirksvorsteher-Stellvertreter  
Wilhelm Helm (SPÖ); 20. Bezirk, Bezirksvorsteher Franz Koblizka  
(SPÖ), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Johann Wallaschek (ÖVP);  
22. Bezirk, Bezirksvorsteher Leopold Horáček (SPÖ), Bezirks-  
vorsteher-Stellvertreter Johann Gerber (ÖVP).

Morgen, Mittwoch, wird die Konstituierung der neugewählten  
Bezirksvertretungen mit den Angelobungen in den Bezirken 19. und  
21. abgeschlossen. Die konstituierende Sitzung in Döbling be-  
ginnt um 8 Uhr, in Floridsdorf um 10 Uhr.

- - -

Weihnachtsgeschenke für den Onkel Wachmann  
=====

21. Dezember (RK) Der städtische Kindergarten in der  
Hadikgasse überraschte heute nachmittag die Verkehrsposten auf  
der Hietzinger Brücke mit einer kleinen Weihnachtsbescherung.  
Mit selbstgebastelten Geschenken bedankten sich die Kinder bei  
den Polizeimännern dafür, daß sie bei ihren täglichen Spazier-  
gängen nach Schönbrunn sicher über die gefährliche Kreuzung ge-  
leitet werden. Die Beschenkten nahmen die unerwartete Liebes-  
erklärung ihrer kleinen Schützlinge mit großer Freude entgegen.

Morgen werden in allen städtischen Kindergärten und Horten  
Weihnachtsfeiern veranstaltet. Die Kindergärtnerinnen hatten,  
unterstützt von der Elternschaft, in den letzten Tagen oft bis  
in die Nacht hinein gearbeitet und gebastelt, um schöne Spiel-  
zeuge und andere Überraschungen herzustellen. Unter den Weih-  
nachtsbäumen in den städtischen Kindergärten und Horten werden  
sich heuer auch ungefähr 15.000 Kinder versammeln.

- - -

Geschäftsgruppe XI: Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten  
=====

Als nächste Beratungsgruppe gelangt die Geschäftsgruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, zur Verhandlung.

Stadtrat Afritsch (SPÖ) kommt in seinem Bericht zunächst auf die Landtagswahlen vom 17. Oktober zu sprechen, für die die Vorarbeiten besonders umfangreich und kompliziert waren. Noch im Frühjahr bestand keine Klarheit über den Umfang des Wahlgebietes, da zum Gebietsänderungsgesetz noch die Zustimmung der Alliierten fehlte. Die Erfassung der Wähler mußte für den Hochsommer angesetzt werden, da hunderttausende Wähler nicht in Wien waren. Dadurch ergaben sich 17mal soviel Nachträge zu den Wählerverzeichnissen als bei den Wahlen 1953. Am Wahltag wurden 6.313 städtische Beamte zur Mitarbeit herangezogen. Bei dem Budgetansatz von 3,1 Millionen wurden bisher für diese Wahl 2 3/4 Millionen Schilling benötigt.

In der Registrierabteilung hat sich keine wesentliche Veränderung ergeben. Die Zahl der Belasteten hat mit 7.640 gegenüber dem Vorjahr um 22 abgenommen.

Die Auswirkungen des Optionsgesetzes für Volksdeutsche

Der Berichterstatter beschäftigt sich hierauf mit den Auswirkungen des Optionsgesetzes für Volksdeutsche, das am 6. August d.J. in Kraft getreten ist. Vom 6. August bis 30. November 1954 wurden in Wien 3.370 Staatsbürgerschaftserklärungen abgegeben, wovon bis 30. November 1954 bereits 1.998 - das sind 59,3 Prozent - positiv erledigt waren. Nur 106 dieser Ansuchen - das sind 3,2 Prozent - wurden abweislich erledigt. Wien liegt damit an der Spitze der positiven Erledigungen. Es hat den Wunsch der Regierung und des Nationalrates Rechnung getragen und Wert darauf gelegt, die eingelangten Ansuchen so rasch wie möglich zu erledigen.

Einbürgerungen und Staatsbürgerschaftserklärungen

Vom Jahre 1945 bis 30. November 1954 wurden insgesamt 82.367 Staatsbürgerschaftsgesuche und Staatsbürgerschaftserklärungen mit 140.040 Personen positiv erledigt, davon in den ersten elf Monaten dieses Jahres 3.893 Fälle. Der Prozentsatz der Volksdeutschen beim Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft seit 1945 betrug mit Ende Juli 1954 73.8 Prozent. Seit August ist dieser Prozentsatz durch die Auswirkungen des Optionsgesetzes noch höher. Die Zahl der Staatsbürgerschaftserklärungen der Volksdeutschen ist im Abklingen. Im August wurden noch 1.477 Erklärungen abgegeben, im September 971, im Oktober 560, im November 356 und in der ersten Dezemberdekade nur mehr 109.

In diesem Jahre wurden bis 30. November 64.463 Heimatrollenauszüge und Staatsbürgerschaftsnachweise ausgestellt, im gleichen Zeitraum des Vorjahres 58.524. In den Vorjahren war die Tendenz bereits abnehmend, wenn auch um vieles stärker als vor 1938. Heuer war wiederum eine ansteigende Tendenz festzustellen, weil viele Stellen, vor allem die Passbehörden, sich nicht mehr mit dem Heimatrollenauszug begnügen, sondern einen förmlichen Staatsbürgerschaftsnachweis verlangen.

Der Bevölkerungsstand nach dem Gebietsänderungsgesetz

Wie Stadtrat Afritsch hervorhebt, steht der Bevölkerungsstand dieses Jahres im Zeichen der Auswirkungen des Gebietsänderungsgesetzes, auf Grund dessen 81 Randgemeinden an Niederösterreich rückgegliedert wurden. Der Bevölkerungsstand betrug am 1.1.1954 1,760.161 Personen, am 31.8.1954 1,756.464. Nach der Rückgliederung betrug der Bevölkerungsstand mit 1.9.1954 1,607.101 Personen; durch die Rückgliederung gingen also 149.363 Personen verloren.

Infolge der Rückgliederung der Randgemeinden nimmt Wien in der Reihung der Millionenstädte Europas die neunte Stelle ein. Vor Wien stehen London, Moskau, Paris, Berlin, Leningrad, Hamburg, Rom und Madrid. Vor der Rückgliederung der Randgemeinden stand Wien vor Hamburg, Rom und Madrid.

Das Stadtgebiet Wiens hat sich durch die Rückgliederung der Randgemeinden von 1215 Quadratkilometern um 800 auf 415 Quadratkilometer verkleinert. /.

Ansteigende Geburtenziffer - gleichbleibende Säuglingssterblichkeit

Die Geburtenziffer im Monatsdurchschnitt Jänner bis Oktober betrug in diesem Jahre 73 je 10.000 der Bevölkerung gegenüber 68 im Vorjahre. Die Sterbeziffer hat sich von 136 je 10.000 der Bevölkerung im Vorjahre auf 146 heuer erhöht, was mit dem Aufrücken eines größeren Teiles der Wiener Bevölkerung in höhere Altersklassen zusammenhängt. Die Säuglingssterblichkeit ist genau so hoch wie im Vorjahre. Von 1.000 Lebendgeborenen sind durchschnittlich 43 gestorben.

Bedeutende Verlängerung des Durchschnittsalters der Menschen

Im Auftrage des Amtsführenden Stadtrates hat die Magistratsabteilung 66 die Sterblichkeitsverhältnisse nach Altersgruppen für das Jahr 1953 und für den Durchschnitt der Jahre 1891 bis 1910 errechnet. Hierbei hat sich folgende interessante Feststellung ergeben: In den Jahren 1891 bis 1910 waren von 100 Verstorbenen 42 Personen im Alter von 0 bis 14 Jahren, dagegen im Jahre 1953 von 100 Verstorbenen nur 2.8 Personen unter 14 Jahren. Im Alter von 15 bis 39 Jahren sind im Durchschnitt der Jahre 1891 bis 1910 18.5 Menschen gestorben, 1953 nur 2.8. In den Altersgruppen 40 bis 59 Jahre war der Durchschnittsanteil annähernd gleich. Anders sind die Verhältnisse im höheren Alter. Von 100 Verstorbenen waren in den Jahren 1891 bis 1910 21.5 Prozent über 60 Jahre, im Jahre 1953 betrug der Prozentsatz der Verstorbenen über 60 Jahre 75 Prozent. Dieses Bild - betont Stadtrat Afritsch - zeigt eindrucksvoll die Verlängerung des Durchschnittsalters der Menschen, die auf die Besserung der sozialen Verhältnisse und auf den Fortschritt der Medizin zurückgeht.

Das Statistische Amt der Stadt Wien gibt außer den vierteljährlichen Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung das Statistische Taschenbuch der Stadt Wien heraus, das besonders für Schulzwecke Verwendung findet. Es hat auch einige Sonderhefte herausgegeben, davon eines über die Mietzinse von Wien und eines über Preise, Gebühren und Abgaben der Stadt Wien.



Ständige Zunahme des Fremdenverkehrs

In der Zeit vom 1. November 1953 bis 31. Oktober 1954 haben 397.172 Fremde Wien besucht und 1,176.522 Nächte hier verbracht. Dies bedeutet gegenüber der vorjährigen Fremdensaison bei den Fremdenmeldungen eine Zunahme von 21 Prozent und bei den Übernachtungen von 22 Prozent. 35.195 Personen kamen aus Westdeutschland, aus den Vereinigten Staaten 25.811 Personen, aus Italien 22.565 Personen, dann folgen die Schweiz, Großbritannien und Frankreich.

Zunahme der Zahl der Kraftfahrzeuge und der Verkehrsunfälle

Der Berichterstatter bespricht hierauf Verkehrsprobleme und weist darauf hin, daß im Jahre 1937 in Wien rund 43.380 Kraftfahrzeuge gezählt wurden. Am 30. November 1953 wurden in Wien 92.727 Kraftfahrzeuge gezählt, am 1. Oktober 1954 104.893. Die 100.000er-Grenze wurde erstmals im Juni 1954 überschritten.

Leider hat mit der Zahl der Kraftfahrzeuge auch die Anzahl der Verkehrsunfälle zugenommen. Während vom Jänner bis Oktober 1953 13.160 Verkehrsunfälle zu verzeichnen waren, waren es im gleichen Zeitraum dieses Jahres 15.975, was einer Steigerung um rund 21 Prozent entspricht, während die Zahl der Fahrzeuge nur um 13 Prozent gestiegen ist. In den ersten zehn Monaten des Jahres 1953 wurden 7.379 Personen Opfer von Verkehrsunfällen, während im gleichen Zeitabschnitt 1954 9.038 Personen durch Verkehrsunfälle zu Schaden kamen. In den ersten elf Monaten dieses Jahres hatte die Magistratsabteilung 70 1.380 Führerscheinberufungen zu bearbeiten sowie 1.564 Verkehrsstrafenerufungen. Auch hier ist gegenüber dem Vorjahr eine wesentliche Steigerung eingetreten.

Der Erfolg des Handelskammer-Altersunterstützungsgesetzes

Der Referent gibt hierauf einen Überblick über die Auswirkungen der Gewerberechtsreform des Jahres 1952. Im Jahre 1954 wurden 764 Gewerbeberechtigungen für freie Gewerbe ausgestellt - 1953 873 -, Gewerbeberechtigungen für gebundene Gewerbe im Jahre 1954 3.717 - 1953 3.420 -, Gewerbeberechtigungen für handwerksmäßige Gewerbe 1954 1.532 - 1953 1.307 - und für konzessionierte

Gewerbe 1954 1.107 - 1953 1.109. Aus dieser Gegenüberstellung ist ein Ansteigen der Gewerbeberechtigungen für gebundene Gewerbe um 297 feststellbar, bei den handwerksmäßigen Gewerben um 225, das sind mehr als zehn Prozent.

Die Gewerbedaten über die 12 Monate vom 1. November 1953 bis zum 31. Oktober 1954 ergeben folgendes Bild: angemeldet wurden 915 freie, 4.395 gebundene und 1.872 handwerksmäßige Gewerbe. Ferner wurden 1.368 Konzessionen verliehen. Zurückgelegt wurden, bzw. erloschen sind 1.671 freie, 8.043 gebundene und 5.646 handwerksmäßige Gewerbe.

Es stehen somit 8.550 neuen Gewerbeberechtigungen 17.203 erloschene Gewerbeberechtigungen gegenüber. In der letzteren Zahl sind die Auswirkungen des Handelskammer-Alterunterstützungsgesetzes zu erkennen, es ist nämlich die Tatsache festzustellen, daß Gewerbetreibende nach Vollendung des 65. Lebensjahres in den Genuß einer Rente kommen können und ihr Gewerbe nicht mehr ausüben brauchen, was zu einer Verjüngung des Gewerbestandes führt.

Die Wiener Gewerbebehörden arbeiten entgegenkommend und rasch. Es ist das vor allem das Verdienst des Leiters der Magistratsabteilung 63.

#### Sehr bescheidene Repräsentationsausgaben

Für Ehrengaben sowie für Empfänge und Feierlichkeiten wurden im heurigen Jahr 685.000 S aufgewendet, für das kommende Jahr sind für diesen Zweck 850.000 S veranschlagt. Diese Ausgaben halten sich im Vergleich zum Repräsentationsdienst anderer Städte in einem sehr bescheidenen Rahmen.

1954 wurden 63 Empfänge der Stadt Wien veranstaltet, darunter 2 große Empfänge, und zwar anlässlich der Tagung der Interparlamentarischen Union und des Skalkongresses. An diesen Empfängen haben 6.220 Personen teilgenommen, davon 3.500 Ausländer aus 37 Ländern; 1953 waren es 2.800 Personen. Außerdem wurden 98 Gruppen aus- und inländischer Sportler, Techniker und Studenten mit insgesamt 4.350 Personen im Rathaus begrüßt.

In diesem Jahre wurden 22 Ehrenmedaillen und 3 Sportehrenzeichen verliehen, ferner Preise aus der Dr. Karl Renner-Stiftung, weiter wurden Ehrenzeichen an verdiente Feuerwehrmänner zuerkannt.

Außerdem mußte die Ehrung von 60 Hausgehilfinnen und 950 Jubelpaaren vorbereitet werden, darunter 2 Eiserne, 41 Diamantene und 907 Goldene Hochzeitspaare.

Von der Pressestelle der Stadt Wien wird unter anderem das "Amtsblatt der Stadt Wien" herausgegeben, dessen Auflage um einige hundert Exemplare erhöht werden konnte und nunmehr 3.250 Stück beträgt. Das Amtsblatt registriert und illustriert die Tätigkeit der Gemeindeverwaltung und ist von aktueller und historischer Bedeutung.

Die gleichfalls von der Pressestelle herausgegebene "Rathaus-Korrespondenz" erscheint mindestens einmal täglich und stellt ein wichtiges Informationsorgan für Presse und Rundfunk dar.

Der "Amtliche Wohnungstausch-Anzeiger" findet weiterhin guten Anklang. Es erscheinen ungefähr 10 Nummer im Jahre in einer Auflage von je 6.200 Stück.

An öffentlichen Gebäuden, besonders an den Magistratischen Bezirksämtern, wurden vom Bilderdienst der Pressestelle insgesamt 46 Bilderkasten angebracht, die lebhaftes Interesse finden und sicherlich sehr viel zu einer richtigen Orientierung über die Arbeiten der Gemeindeverwaltung beitragen.

Der Berichterstatter spricht dem Stenographendienst seinen Dank aus, der mit seiner Arbeit stets auf dem laufenden ist.

#### Kriegsschädenbehebung bei der Feuerwehr vor ihrer Beendigung

Die Ausgaben für die Feuerwehr betragen in diesem Jahre 52,6 Millionen Schilling und werden im kommenden Jahr voraussichtlich eine Steigerung einschließlich des außerordentlichen Aufwandes auf rund 56 Millionen Schilling erfahren. Im außerordentlichen Voranschlag sind für die Kriegsschädenbehebung 4,6 Millionen Schilling vorgesehen, hievon allein 2 Millionen für die Fertigstellung der Hauptfeuerwache Ottakring. Weitere 2,1 Millionen Schilling sind für die Fertigstellung der Zentrale Am Hof vorgesehen, an der die Wiederaufbauarbeiten bis Ende August dieses Jahres beendet sein werden. 500.000 S sind als erste Rate für den Wiederaufbau der Feuerwache Döbling vorgesehen. Mit der Fertigstellung der Feuerwache Döbling werden alle Kriegsschäden an Feuerwachen behoben sein. Der Personalstand der Feuerwehr beträgt auch im kommenden Jahr 1.266 Personen, wovon 106 zur Wachabteilung gehören.

Infolge Inkrafttreten des Gebietsänderungsgesetzes sind 77 freiwillige Feuerwehren an Niederösterreich zurückgefallen, nur 3 freiwillige Feuerwehren - Breitenlee, Süßenbrunn und Weidlingau - mit einem Mitgliederstand von 700 Feuerwehrleuten verbleiben bei Wien. Der Stand an Feuerwehrfahrzeugen beträgt 188. 29 Kraftfahrzeuge wurden den freiwilligen Feuerwehren in den abgetrennten Randgebieten überlassen.

Die Summe der Ausrückungen der Feuerwehr betrug in der Zeit vom 1. November 1953 bis 31. Oktober 1954 6.077 gegenüber 5.176 im Vorjahr. In diesem Zeitraum wurde die Feuerwehr zu einem Großbrand in der Lokomotivfabrik, zu 60 Mittelbränden, 1.169 Kleinbränden und 114 Rauchfangbränden gerufen. Hiezu kamen 3.455 Hilfeleistungen, die nicht durch Brände verursacht wurden und 1.073 sonstige Arbeitsleistungen. Im Rahmen des Sachaufwandes ist auch der Ausbau der UKW-Sprechfunkanlage der Feuerwehr vorgesehen.

Stadtrat Afritsch spricht dem Kommando und allen Angehörigen der Feuerwehr für den Einsatz im Jahre 1954 den herzlichsten Dank aus. (Starker allgemeiner Beifall.) Besonderer Dank gebührt allen Feuerwehrangehörigen, die sich anlässlich der heurigen Donau-Hochwasserkatastrophe Verdienste erworben haben. Ein äußeres Zeichen der Anerkennung war die Tatsache, daß der Kommandant, sein Stellvertreter und zwei Feuerwehrleute, die sich bei Tauchaktionen besonders auszeichneten, Orden der Republik Österreichs erhielten. (Erneuter lebhafter Beifall bei SPÖ, ÖVP und VO.)

Abschließend bittet der Referent, die Ansätze seiner Geschäftsgruppe zu genehmigen (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

#### Debatte über Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

GR. Hausner (VO) begrüßt die Steigerung im Fremdenverkehr. Sie dürfte zu einem großen Teil auch darauf zurückzuführen sein, daß sich die Fremden überzeugen konnten, daß die über Wien erzählten Greuelmärchen nicht der Wirklichkeit entsprechen. Als bedauerlich bezeichnet der Redner die Tatsache, daß die Teilnehmer am Kongreß der Internationalen Vereinigung der Widerstandskämpfer von der Stadtverwaltung nicht begrüßt bzw. empfangen wurden. Man erhalte den Eindruck, daß bei der Begrüßung von

Kongressen eine politische Zensur gehandhabt werde. Eine derartige Haltung wirke aber durchaus nicht gastfreundlich und fremdenverkehrswerbend.

Größeres Augenmerk müßte auch verschiedenen Gebieten der Statistik zugewendet werden. Es gehe nicht an, daß lediglich die in den Obdachlosenheimen untergebrachten Familien und die Delogierungsfälle verzeichnet werden, es aber keine Statistik über die tatsächliche Zahl der Obdachlosen gibt.

Zweckmäßig erscheine es dem Redner auch, den Gemeinderäten eine Sammlung von Erlässen und Anordnungen, die im Laufe eines Monats von der Magistratsdirektion herausgegeben werden, zu übermitteln. Auch die gedruckte Geschäftsenteilung, die im Jahre 1948 herausgegeben wurde, müsse neuaufgelegt werden, da sie bereits überholt ist.

Eine Kritik müsse auch an den Vorbereitungen der Wahlen geübt werden. Die hohe Zahl an Einsprüchen und Reklamationen hänge nur zu einem geringen Teil mit dem Gebietsänderungsgesetz zusammen. Zu begrüßen sei jedoch, daß es anläßlich der heurigen Wahlen endlich dazukam, daß gleichzeitig die Bezirksvertretungen gewählt wurden. Der Redner bedauert, daß die Angelobung der Bezirksvertretungen nicht wie es die Geschäftsordnung vorsieht, vom Bürgermeister der Stadt Wien, sondern von Stadtrat Afritsch vorgenommen wurden. Die Bedeutung dieser Körperschaft wäre durch die Angelobung durch den Bürgermeister unterstrichen worden. Im Zusammenhang mit den Wahlen stellt Gemeinderat Hausner fest, daß das von der Stadtverwaltung gehandhabte Wahlgesetz eine Benachteiligung der kleineren Parteien mit sich bringe. So habe die SPÖ nur 9.633 Stimmen, die OVP 10.227 Stimmen, die VO aber für die Erreichung eines Mandates 14.860 Stimmen gebraucht.

Auch die Frage der Regelung der Gebietsabtrennung könne und dürfe nicht erledigt sein. Um den Wunsch der Bevölkerung Rechnung zu tragen, muß dieses dringende Problem auf die Tagesordnung des Wiener Landtages gebracht werden. Die Bevölkerung der Randgemeinden müsse die Möglichkeit haben, auf freie und demokratische Art zu bestimmen, ob sie bei Wien oder bei Niederösterreich verbleiben will. Der Redner stellt einen diesbezüglichen Beschlußantrag.

Eine weitere Forderung ist die Bezahlung der Wiener Hausbesorger für die Gehsteigreinigung. Nach dem Gesetz ist die Gemeinde Wien für die Reinigung und Instandhaltung der Straßen und Gehwege verantwortlich. Sie muß daher auch dafür sorgen, daß Menschen, die diese Arbeit für sie leisten, bezahlt werden.

Als erfreulich bezeichnet der Redner die Tatsache, daß die Abteilung, die für die Bodenbeschaffung und Enteignungen sorgt, aus den Händen der Österreichischen Volkspartei genommen wurde und Stadtrat Afritsch überantwortet wird. Er erwarte nun, daß die Frage der Bodenbeschaffung anders gehandhabt wird als bisher. Für die Stadtplanung und Stadterweiterung muß der notwendige Boden geschaffen werden, damit die Stadt sich entfalten kann. Spekulanten dürfen diese Tatsache nicht für ihre Zwecke ausnützen. Auch die Schaffung und Erhaltung des Wald- und Wiesengürtels ist davon abhängig, daß die Gemeinde Wien sich den notwendigen Grund und Boden sichert. Dasselbe gilt für die Schaffung von Jugendspiel- und Sportplätzen. Leider sind insgesamt 31 Spielfelder auf 27 Sportplätzen für andere Zwecke verwendet worden. Sollten die bestehenden Bestimmungen nicht ausreichen, muß ein neues Bodenbeschaffungsgesetz geschaffen werden.

Viele Forderungen gebe es auch auf dem Gebiete der Feuerwehr. Diese Körperschaft hat das Lob unserer Bevölkerung und auch der Stadtverwaltung wiederholt erhalten. Wenn man diese Leistungen anerkenne, muß man aber auch den Forderungen dieser Männer Rechnung tragen. So ist zum Beispiel der Fuhrpark der Feuerwehr sehr veraltet. Auch die Unterkunftsräume für die Mannschaften müssen besser ausgestaltet werden und jeder Feuerwehrmann soll ein eigenes Bett zur Verfügung haben. Die Reinigung der Unterkunftsräume müßte von Scheuerfrauen verrichtet werden. Auch die Uniformen müßten in größerem Ausmaß zur Verfügung gestellt werden. Die Arbeitszeit der Feuerwehrmänner beträgt 81 Stunden in der Woche, bei der Rathauswache werden 79 Stunden wöchentlich Dienst gemacht. Es wäre an der Zeit, daß die Feuerwehrleute und die Rathauswache jene Arbeitszeit erhielten, die alle übrigen Angestelltengruppen haben. Auch die Feiertage müssen abgegolten werden. Als besonders unerfreulich bezeichnet der Redner die Tatsache, daß man die Feuerwehrleute als angelernte Hilfsarbeiter einreihen möchte. Gerade bei der Feuerwehr

sind viele Voraussetzungen notwendig, die wo anders nicht verlangt werden. Es müsse auch jeder Feuerwehrmann, der aufgenommen wird, bereits einen Beruf erlernt haben. Außerdem besuchen die Feuerwehrleute ständig Kurse für ihre weitere Ausbildung. Auf keinen Fall dürfe man zulassen, daß den Feuerwehrleuten wie geplant die Dienstzeit von 30 auf 40 Jahre verlängert werde. Auch die Zulagen für den Branddienst müßten nachgezogen werden. Abschließend erklärt GR. Hausner, seine Fraktion könne aus den angeführten Gründen den Voranschlägen dieser Geschäftsgruppe nicht die Zustimmung geben.

GR. Haim nimmt zunächst zur Verfassung der Stadt Wien Stellung und erläutert an einigen Beispielen die Notwendigkeit von Änderungen in der Verfassung, aber auch in der Geschäftsordnung für die Ausschüsse, Unterausschüsse und Kommissionen. Im Ausschuß für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten wurden zum Beispiel in diesem Jahr nur 5 Sitzungen abgehalten. Durch die Geschäftsordnung ist auch keine Möglichkeit gegeben, in Aktenstücke Einsicht zu nehmen, die nicht gerade den Ausschüssen vorgelegt werden. Gerade das gehört jedoch zu den dringlichsten Notwendigkeiten einer demokratischen Kontrolle.

Des weiteren bemängelt der Redner die hohe Zahl der Verwaltungsstrafen und wendet sich anläßlich eines Berichtes in der heutigen Nummer der "Presse" gegen die rigorose Art der Eintreibung dieser Strafen.

GR. Haim beschäftigt sich mit der Organisation der Wahlen am 17. Oktober und meint, es wurden zwar alle Fristen respektiert, die im Wahlgesetz vorgesehen sind, doch wäre genügend Zeit gewesen, um die Beamten ausreichend auf die Durchführung der Wahlen vorzubereiten und zu informieren. Die Vorbereitung war jedoch leider rein zeitlich ungenügend, sodaß es zu verschiedenen Unzukömmlichkeiten gekommen ist. Auch bei den Wahlen für die Wiener Arbeiterkammern ist es interessant festzustellen, wie wenig vorbereitet diese vor sich gegangen sind. Der Redner bedauert weiter feststellen zu müssen, daß die Bezirksvertretungen nicht so arbeiten können wie es dem Gesetz gemäß erforderlich wäre. Es wurde gesagt, daß die Geschäftsordnung für die Bezirksvertretungen erst in einem halben Jahr zur Verfügung stehen wird. Bis dahin soll also die provisorische Geschäftsordnung gelten.

Im folgenden bespricht GR. Hain einige Verkehrsfragen und ersucht endlich auch der Lärmbekämpfung stärkere Beachtung zuzuwenden. Schließlich urgiert er die Gesetzesvorlage über die Kanaleinmündungsgebühren für den Wiener Landtag.

Der Redner übt Kritik an der Ausstattung der 46 Wiener Schaukästen, die durch den Bilderdienst der Pressestelle der Stadt Wien versorgt werden. Hier wäre eine objektivere Darstellung der Tätigkeit des Wiener Gemeinderates und seiner Stadträte nötig (Beifall bei der ÖVP). Derzeit seien bildliche Hinweise darauf zu vermissen, daß es außer der Tätigkeit der Mehrheitspartei auch noch andere Leistungen in der Verwaltung dieser Stadt gibt.

Der Redner spricht allen Angestellten und Arbeitern dieser Gruppe und insbesondere den braven Feuerwehrmännern den Dank für ihre Leistungen aus und gibt die Erklärung ab, daß seine Fraktion für die Ansätze dieser Gruppe stimmen werde (Beifall bei der ÖVP).

GR. Leibetseder (SPÖ) erklärt zu den Ausführungen des GR. Hausner, der gemeint habe, der Fremdenverkehr in dieser Stadt habe sich im letzten Jahr insbesondere infolge eines Rückganges der "Hetze" aufwärts entwickelt. Wir haben niemals in dieser Stadt und in diesem Land Russenhetze betrieben. Die Zoneneinteilung und Zonenkontrolle, die uns immer eine Last waren, sind nicht unsere Erfindung gewesen. Mit der Beseitigung der Zonenkontrolle konnten wir eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung des Wiener Fremdenverkehrs verzeichnen. Wir messen in unserer Gastfreundschaft auch nicht mit mehrerlei Maß. Uns ist in Wien und in Österreich jeder Gast gleich herzlich willkommen, der mit ordentlichen Einreisepapieren zu uns kommt (Beifall bei der SPÖ).

Wir haben die Absicht, unserer Stadt Wien ein neues Antlitz zu geben. Dazu brauchen wir ein Bodenbeschaffungsgesetz. Wir hoffen, daß die Forderung des Österreichischen Städtebundes, ein für ganz Österreich gültiges Bodenbeschaffungsgesetz ins Leben zu rufen, ehestens verwirklicht wird. Wir Sozialisten haben bisher immer bewiesen, daß wir unsere Wahlversprechungen restlos erfüllen (Beifall bei der SPÖ).

./.



Die Tatsache, daß wir seit 1945 das Volk Österreichs nicht weniger als fünfmal zur Wahl aufgerufen haben, unterstreicht wohl die Notwendigkeit der Anlage eines ständigen Wählerverzeichnisses auf das deutlichste. Die getrennte Wählerstimmenzählung hat erwiesen, daß auch die Frauen sich in das politische Leben eingefügt haben. Im Namen der Sozialistischen Fraktion spricht der Redner den Frauen den Dank aus, die in ihrer überwiegenden Mehrheit der Sozialistischen Partei ihre Stimme gegeben haben. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Für die volksdeutschen Optanten hat die Gemeindeverwaltung vorbildliche und rasche Arbeit geleistet. In Wien sind von 3.370 Ansuchen in kürzester Zeit 1.198 positiv erledigt worden, während lediglich 106 abgewiesen wurden. Demgegenüber hat Niederösterreich von 1.543 Ansuchen bisher nur 22 positiv erledigt. Hier zeigt sich also eine Spitzenleistung der Wiener Verwaltung. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Redner dankt schließlich den braven Männern der Feuerwehr, die gerade im vergangenen Jahr, als anläßlich der Hochwasserkatastrophe die entfesselten Elemente losbrachen, eine überragende Leistung vollbrachten. Diesen Männern, die unter Einsatz ihres Lebens und ihrer Gesundheit sich in den Dienst der Allgemeinheit stellen, gebührt aus vollem Herzen der Dank des Wiener Gemeinderates und der gesamten Wiener Bevölkerung. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.) Die sozialistische Fraktion werde für die Ansätze dieser Verwaltungsgruppe stimmen. (Erneuter Beifall bei den Sozialisten.)

Stadtrat Afritsch (SPÖ) entgegnet in seinem Schlußwort dem Gemeinderat Hausner, daß die Wiener Stadtverwaltung alle ausländischen Gruppen im Rathaus empfangt, ganz gleichgültig aus welcher Himmelsrichtung diese Gäste kommen. Wenn aber getarnte kommunistische Organisationen nicht das entsprechende Einvernehmen mit dem Gastland und auch der Gaststadt pflegen und die Gäste auch nicht immer die notwendigen Einreisepapiere vorweisen können, müssen wir einen anderen Maßstab anlegen. Schuld daran sind die Organisationen, die das Gastrecht unseres Landes mißbrauchen. (Beifall bei Sozialisten und Volkspartei.)

Wir müssen den Wald- und Wiesengürtel unserer Stadt unbedingt verteidigen. Es soll jeder bestraft werden, der in diesen Wald-

und Wiesengürtel eindringt, ob er nun ein Kleingärtner oder ein Villenbesitzer ist.

Die Entlohnung der Gehsteigreinigung ist nicht einfach zu regeln. Hier wird versucht werden müssen, mit den Mietern zu verhandeln, um zu einer einigermaßen befriedigenden Lösung zu kommen.

Stadtrat Afritsch betont, es sei nicht richtig, wenn GR. Haim es so dargestellt hat, als ob für die Vorbereitungen der Wahlen genügend Zeit zur Verfügung gestanden wäre. Bis zum Inkrafttreten des Gebietsänderungsgesetzes und der Wahlgesetze wußte man nicht, ob in Wien in 26, in 23 oder in 21 Bezirken gewählt werden wird und ob die Wahl bezirksweise oder wahlkreisweise erfolgt. Es erweckt daher ein falsches Bild über die ganze Wahlarbeit, wenn man sagen wollte, hier sei schlecht gearbeitet worden. Zweifellos waren dadurch, daß Frauen- und Männerstimmen getrennt gezählt wurden, die Fehlerquellen größer, es war aber auch das Endergebnis viel genauer, weil nicht nur ein einziges Skrutinium vorgenommen wurde. Selbstverständlich waren kleine Korrekturen notwendig. Entscheidend war jedoch der Umstand, daß keine Änderung in der Mandatsverteilung eingetreten ist, nicht einmal in der Aufteilung der Bezirksratsman-

Selbstverständlich werde man bei der wohlbewährten Praxis bleiben, genau so wie bisher Mitglieder des Ausschusses zu beauftragen, über einzelne Geschäftsstücke zu referieren.

Wie der Referent betont, hat der Bilderdienst den Auftrag zu einer objektiven Bildberichterstattung. Er hat nach rein sachlichen Erwägungen vorzugehen und keineswegs den Auftrag, etwa nach dem Proporz zu fotografieren. (Lebhafte Heiterkeit.)

Die Ansätze für Ehrengaben können nicht im vorhinein genau festgelegt werden, weil man nicht voraussagen kann, wieviel Hausgehilfinnen und Jubelpaare im kommenden Jahr geehrt werden. Selbstverständlich werden im Bedarfsfalle die erforderlichen Beträge zur Verfügung gestellt.

Abschließend ersucht der Berichterstatter nochmals, den Ansätzen seiner Geschäftsgruppe die Zustimmung zu erteilen. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ. - Beifall bei der ÖVP.)

Bei der Abstimmung wird die Gruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, gegen die Stimmen der VO angenommen.

Der Beschlußantrag des GR. Hausner wird dem zuständigen Ausschuss zugewiesen.

Bilanz und Bedeckung

Berichterstatter Amtsführender Stadtrat Resch referiert hierauf über Bilanz und Bedeckung.

Die Bilanz des vorliegenden Voranschlags sieht im ordentlichen Voranschlag Ausgaben von 3,26 Milliarden und Einnahmen von 3,05 Milliarden, somit einen Gebarungsabgang im ordentlichen Voranschlag von 210,5 Millionen Schilling vor. Im außerordentlichen Voranschlag sind für die Behebung von Kriegsschäden am Gemeindevermögen Ausgaben von 108,2 Millionen und Einnahmen von 28,5 Millionen, somit ein Gebarungsabgang im außerordentlichen Voranschlag von 79,7 Millionen Schilling vorgesehen.

Zur Bedeckung des Abganges stellt er folgende Anträge:

1. Der Entwurf des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Verwaltungsjahr 1955 wird in seinem ordentlichen Teil mit Einnahmen von 3.050,252.900 Schilling und Ausgaben von 3.260,796.600 Schilling und in seinem außerordentlichen Teil mit Einnahmen von 28,531.000 Schilling und Ausgaben von 108,270.000 Schilling genehmigt.

2. Der Gebarungsabgang ist, soweit er nicht durch Einsparungen und Einnahmeerhöhungen ausgeglichen werden kann, in Rücklagen zu decken.

3. Die Ansätze der Posten 10, Hauptbezüge, 11, Nebenbezüge, 14, Ruhe- und Versorgungsgenüsse, 15, Sozialversicherungsbeiträge und 19, Sonstige Personalauslagen, sind, jede Post für sich, durch sämtliche Rubriken des Voranschlages gegenseitig deckungsfähig.

4. Virements zwischen den Personalrubriken sowie Virements und Widnungsänderungen hinsichtlich der im Ausweis über die Investitionen und sonstigen größeren baulichen Herstellungen sowie Inventaranschaffungen verzeichneten Teilbeträge ein und derselben Post sind an die Zustimmung des Amtsführenden Stadtrates für Finanzwesen gebunden, soweit die Überschreitung im Einzelfall 10 Prozent des betreffenden Ansatzes bzw. Teilansatzes oder 5.000 Schilling übersteigt. Virements bis zu diesen Grenzen sind den anordnungsbefugten Dienststellen überlassen.

5. Der Amtsführende Stadtrat für Finanzwesen wird ermächtigt, Ausgabeansätze so weit zu sperren, als die Kassenlage es erfordert.

Stadtrat Resch ersucht das Haus, diesen Anträgen die Zustimmung zu geben. Der Berichterstatter dankt sodann den Mitgliedern des Hauses für ihre sachliche Mitarbeit bei der Erstellung des Budgets 1955 und den Mitgliedern der Opposition für ihre meist sachliche Kritik zu diesem Voranschlag.

Dank gebühre auch den Mitarbeitern der Finanzgruppe, die diesmal mit der Budgeterstellung ein Husarenstück geleistet haben. Sie haben dieses Budget zeitgerecht fertiggestellt, trotz der Wahlen, die die Aufstellung des Budgets verzögert haben, trotz der verspäteten Konstituierung des Gemeinderates und seiner Organe und trotz der Veränderung der Geschäftseinteilung, die dazu zwang, das Budget buchstäblich über Nacht neu umzuarbeiten, um es rechtzeitig und übersichtlich dem Gemeinderat vorlegen zu können. Damit hat der Apparat der Finanzgruppe eine Art Feuerprobe bestanden. Dieser Leistung darf man die Anerkennung nicht versagen. Von jenen Bundesländern, die heuer Wahlen gehabt haben, ist es nur Wien möglich, in finanzieller Ordnung in das neue Jahr hinüberzugehen. Die Finanzgruppe kann gerade heuer auf diese Leistung stolz sein. Der Referent dankt allen seinen Mitarbeitern namentlich für ihre Mitwirkung an der Aufstellung dieses Budgets. Er bittet das Hohe Haus, ihn zu ermächtigen, den Beamten seines Ressorts den Dank und die Anerkennung des Gemeinderates für diese einmalige mustergültige Arbeit auszusprechen. (Lebhafter allgemeiner Beifall.)

GR. Dr. Soswinski (VO) spricht sich gegen die Ermächtigung an den Stadtrat für Finanzwesen aus, Ausgabeansätze zu sperren, falls die Kassenlage es erfordert. Da allein der Finanzreferent die Kassenlage kennt, könnte er in Handhabung dieser Bestimmung das gesamte Budgetrecht des Gemeinderates in Frage stellen. Die derzeit günstige Kassenlage der Stadt werde es selbst bei rückläufigen Einnahmen nicht notwendig machen, diese Ermächtigung auszunützen.

Berichterstatter Amtsführender Stadtrat Resch betont in seinem Schlußwort, er habe von dieser Ermächtigung noch nie Gebrauch gemacht und werde auch im kommenden <sup>Jahr</sup> hoffentlich keine Gebrauch machen müssen. Man müsse aber dem Finanzreferenten das Recht zubilligen, wenn die Kassenlage es erfordert, Ausgaben zu verweigern.

Sollte dieser Fall eintreten, werde Stadtrat Resch selbstverständlich sofort den Gemeinderat davon verständigen und die Zustimmung des Gemeinderates zu einer solchen Maßnahme einholen.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Referenten gegen die Stimmen der VO angenommen.

#### Debatte über die Opernkreuzung

Hierauf wird die restliche Tagesordnung erledigt.

GR. Fürstenhofer (SPÖ) referiert einen Antrag, nach dem die durch den Umbau der Opernkreuzung erforderliche Umlegung der im Baubereich liegenden Wasserleitungsrohrstränge mit einem Kostenbetrag von 1 Million Schilling genehmigt werden soll. Es handelt sich hier um die notwendigen Vorarbeiten für die Schaffung eines Tunnels an der Opernkreuzung, Zugleich mit der Verlegung der Wasserleitungsrohre sollen auch Rohre der Gaswerke eingebaut werden. Der Gemeinderatsausschuß VI und auch der Stadtsenat haben diesem Vorhaben bereits zugestimmt.

GR. Dipl. Ing. Gruber (ÖVP) nimmt zu dem Antrag Stellung und stellt fest, daß die Presse alarmierende Meldungen über die Planung der Opernkreuzung brachte. Nach den Zeitungsmeldungen soll auch die Frage der Ein- und Ausstiege noch ungeklärt sein. Es müsse darauf Bedacht genommen werden, durch den Einbau der Ein- und Ausstiege die Verkehrslage nicht noch zusätzlich zu erschweren.

Stadtrat Thaller (SPÖ) stellt dazu fest, daß es keinerlei Gründe zu alarmierenden Nachrichten gebe. Er habe bereits anläßlich seines Referates über die Opernkreuzung gesprochen und kann auch heute versichern, daß selbstverständlich bei den Planungen alle Fragen restlos geklärt werden. Dann erst wird tatsächlich mit dem Bau begonnen werden. Natürlich gibt es einige Schwierigkeiten. So sind derzeit noch Verhandlungen mit den Eigentümern der Gründe an der Meisl-Ecke und des Heinrichshofes im Gange, um die Abgänge in die Tunnels von diesen Häusern ausmachen zu können. Müßten die Abgänge durch den Widerstand der Grundeigentümer in die Gehsteige verlegt werden, würde natürlich eine gewisse Verengung des jetzt flüssigen Fußgängerverkehrs entstehen. Es ist jedoch zu hoffen, daß die Gemeinde Wien mit den Eigentümern zu einer Einigung kommt, die für sie keinerlei Nachteile bringen würde.

./.

Einen Zugang von der Oper in die Unterführung zu machen, hält Stadtrat Thaller aus verschiedenen technischen Gründen als nicht zweckmäßig. Es ist geplant, einen derartigen Einstieg von den Gehsteigen vor der Oper, die gerade dort sehr breit sind, zu bauen. Der Gemeinderat könne vollkommen beruhigt sein. Wenn die endgültigen Planungen für die Unterführung der Opernkreuzung vorliegen, werden die zuständigen Körperschaften der Gemeindeverwaltung die letzten Pläne zu beurteilen haben.

GR. Fürstenhofer stellt fest, Stadtrat Thaller habe die Anfrage bereits beantwortet, er bitte daher dem Antrag zuzustimmen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

GR. Fürstenhofer referierte sodann über den Ankauf einer Liegenschaft in der Kastnergasse im 17. Bezirk. Es wurden diesbezügliche Verhandlungen bereits seit Jahren geführt. Schon im Jahre 1952 wurde ein Vergleich geschlossen, nach dem dem Grundeigentümer 80.000 Schilling für den Grund und die Übersiedlungskosten zugebilligt wurden. Es hat dann jedoch die Finanzkammer der Erzdiözese Wien ein Rückstellungsansuchen hinsichtlich eines Drittelanteiles eingebracht. In langwierigen Verhandlungen wurde beschlossen, der Finanzkammer entsprechend dem Kaufpreis ein Drittel der Kosten zuzubilligen. Nun endlich ist ein Kaufvertrag zustande gekommen. Der Kaufpreis pro Quadratmeter beträgt 102 Schilling. Er wurde von der zuständigen Magistratsabteilung als vertretbar bezeichnet.

GR. Maller (VO) stellt fest, daß er bereits in der Debatte über die Geschäftsgruppe VI zu diesem Grundkauf Stellung genommen habe. Seine Fraktion ist der Auffassung, es handle sich hier um Praktiken des Prinke-Vereines, der Gemeinde Baugründe für den sozialen Wohnungsbau abzujagen. Die Gemeinde müsse alle Schritte unternehmen, um Baugründe zum billigsten Preis in die Hand zu bekommen.

GR. Fürstenhofer bezeichnet es als unrichtig, daß in diesem Fall der Verein der Freunde des Wohnungseigentums den Grund kaufen wollte. Er ersucht um Annahme des Antrages.

Der Antrag wurde ohne die Stimmen der VO angenommen.

./.

Wiener Landtag

=====

Unter dem Vorsitz von Präsident Marek trat der Wiener Landtag im Anschluß an den Gemeinderat zu einer kurzen Sitzung zusammen, um über drei Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung zweier Landtagsabgeordneter zu beraten. Vorher gab der in der konstituierenden Sitzung des Landtages zum 3. Präsidenten gewählte Abgeordnete Signund die Erklärung ab, daß er die auf ihn gefallene Wahl annehme.

Der Vorsitzende teilte mit, er habe die Einberufung der heutigen Sitzung veranlaßt, weil die Behandlung der Auslieferungsbegehren mit dem heutigen Tage terminisiert sei.

Abg. Dr. Ing. Hengl referierte sodann über das Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien um Zustimmung der strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Sajdik (ÖVP) wegen Verdachtes der Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre in zwei Fällen. Abg. Sajdik hat seine Auslieferung begehrt. Das Immunitätskollegium ist jedoch zu dem Entschluß gekommen, der Auslieferung nicht stattzugeben.

Abg. Treytag referierte über das Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Leinkauf, gleichfalls wegen Verdachtes der Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre. Auch in diesen Fall empfahl das Immunitätskollegium, das Auslieferungsbegehren abzulehnen.

In allen drei Fällen schloß sich der Wiener Landtag ohne Debatte einstimmig den Anträgen des Immunitätskollegiums an, die Abgeordneten nicht auszuliefern.

Präsident Marek schloß um 19.15 Uhr die Sitzung. Die nächste Sitzung des Wiener Landtages findet morgen, Mittwoch, den 22. Dezember, um 9 Uhr, statt. Zur Beratung stehen ein Gesetzentwurf, wonit Bestimmungen über die Bezugsvorschüsse erlassen werden, sowie die Wiederholung des Gesetzbeschlusses über das Naturschutzgesetz.

Im Anschluß daran tritt wieder der Wiener Gemeinderat zusammen, um über die Ansätze der Geschäftsgruppe XII, Städtische Unternehmungen für das Jahr 1955 zu beraten.